

Was berichtete Küng dem Papst?

Medien verschweigen Migrantendelikte

Seite 19

Seite 10/11



Gegründet 1985

Römisch-Katholisch
28. Jg./ Nr. 3
13. März 2012
Preis: 2,2 Euro (A);
2,2 Euro (D); sfr 4 (CH)

*Zur Fastenzeit: Das
früheste romani-
sche Relief Ober-
österreichs (11.
Jh.), Lindenholz.
Foto: Gangl*



In der Fastenzeit provoziert der Innsbrucker Dom mit einem großen Bild: 13 Menschen, darunter eine Frau, stehen um einen Tisch. Der verbrennt. Verantwortlich

Eine Frage

für die Provokation ist Propst Florian Huber.

Ein anderes „Fastentuch“ provoziert im Würzburger Dom-Museum. Titel: „Abendmal und 12 Begleiter“. Verantwortlich ist Domkapitular Dr. Jürgen Lennsen.

Im freiburger Münster hängt seit 400 (!) Jahren in der Fastenzeit ein vom Glauben geprägtes weltweit bekanntes Werk.

Was schätzen Gläubige wohl mehr?

Inge M. Thürk auf berichtet:

Schon Kinder werden manipuliert

In den vergangenen Monaten wurde europaweit ein Programm zur Früh-Sexualisierung von Kindergarten- und Grundschul-Kindern gestartet, das durch die in der mexikanischen Stadt León Guanajuato Ende August 2010 tagende Weltjugend-Konferenz vorbereitet und mit einem sogenannten „Statement-Entwurf“ abgeschlossen wurde. Der Inhalt kann in höchstem Grad als jugendgefährdend und familienfeindlich bezeichnet werden.

Um die weltweite Abtreibungsmentalität immer mehr auszuweiten, hat der Bevölkerungsfond der Vereinten Nationen (UNFPA) eine globale Kampagne gestartet, um heranwachsende Mädchen für Abtreibung zu gewinnen und ihnen eine erschöpfende sexuelle Erziehung zu gewährleisten.

UNFPA ist bekannt als die wohl militanteste Pro-Abtreibungs-Organisation. Die Kampagne wird vor allem unterstützt von radikalen Feministinnen und bekann-

ten Abtreibungs- und Anti-Familiengruppierungen, um – wie es heißt – heranwachsende Mädchen zu „selbstbestimmten Menschen“ heranzubilden.

Es geht bei dieser Kampagne jedoch nicht allein um die Durchsetzung der Abtreibung als „Menschenrecht“, das letzte Ziel ist vielmehr eine anti-christliche Indoktrinierung der Jugend. Diese soll nach den Vorgaben der Gender-Ideologie sexuell aufgeklärt und entsprechend erzogen wer-

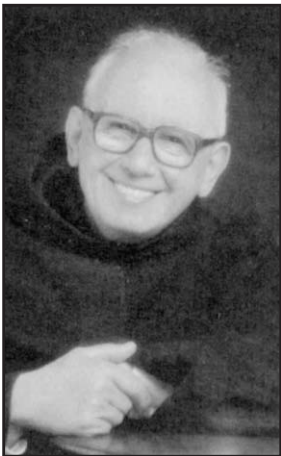
den. Die Forderungen, die in diesem elf Seiten umfassenden Statement aufgelistet wurden, beinhalten das Recht auf Abtreibung und eine Erziehung, die sich freihält von jeglicher Religion. **Lesen Sie bitte weiter auf Seite 5.**

Diese Ausgabe des „13.“ wurde am 8. März gedruckt und in Österreich noch am gleichen Tag ausgeliefert. Für die deutschen Abonnenten erfolgte die Anlieferung zur Post in Welsch am 9. März.

*Pater **Fridolin Außersdorfer** beschäftigte sich in seinen theologischen Studien mit allen Fragen, die für das Heil der menschlichen Seele wichtig sind. Viel dachte er über den GOTTMENSCHEN, über die Menschheit CHRISTI und über seine Mutter **Maria** nach. Im folgenden einige Gedanken.*

Der Gottmensch und Seine Mutter

Aus dem Vermächtnis von
P. Fridolin Außersdorfer OFM



Pater Außersdorfer

Liebe will Mitliebende haben. So wollte der SCHÖPFER, der die Liebe ist, Menschen als Mitliebende ins Leben rufen. Dabei erwies sich SEINE Liebe wunderbar erfinderisch.

*ER schuf den Menschen als Mann und Frau. Erste dem Rang nach: die Menschheit CHRISTI und **Maria**. Erste der Zeitabfolge nach: die ersten Menschen.*

So wie ein Gärtner manche Blumen – vielleicht sogar die schönsten – obgleich sie im Frühling viel später erscheinen, schon früher einsetzt; so

*sind die erlesenen Blumen (JESUS CHRISTUS als Mensch und **Maria**), obwohl sie der Zeit nach viel später in Erscheinung traten, schon von Ewigkeit her als Urbilder von Mann und Frau „eingesetzt“ worden. Obwohl von Ewigkeit her eingesetzt, sollten sie nicht zuletzt auch deshalb später erscheinen, daß an ihrem Duft gesunden, die durch den Einfluß des Bösen schweren Schaden gelitten.*

*Erste dem Rang nach die heilige Menschheit CHRISTI und **Maria**: JESUS CHRISTUS sollte als das höchste gottliebende Wesen in der ganzen Schöpfung stehen; und deren Spitze darstellen. Darum schreibt der heilige **Paulus**: „Er ist der Erstgeborene vor aller Erschöpfung. Er steht an der Spitze von allem.“ – JESUS CHRISTUS ist also in jeder Hinsicht „Spitze“. Und **Maria** mit IHM – von Ewigkeit her. „Er ist der Anfang. Er sollte in allem den Vorrang haben. Denn es war GOTTES Wille, in IHM die ganze Fülle der Gottheit wohnen zu lassen“ (Kol 1,11; 17). Das ewige Wort (GOTTSOHN) der durch den HEILIGEN GEIST aus **Maria** der Jungfrau Mensch wurde, spricht im Buch der Weisheit: „Der HERR (GOTTVATER) besaß MICH schon am Anfang SEINER Wege, von Urbeginn, noch bevor ER etwas geschaffen. Von Ewigkeit her bin ICH eingesetzt, von Urbeginn, bevor die Erde ward. Noch waren nicht die Abgründe; und ICH war schon empfangen. Noch waren nicht die Wasserquellen hervor gebrochen, noch stand nicht der Berge wuchtige Masse. Vor den Hügeln war ICH geboren. Noch hatte ER die Erde nicht gemacht, die Flüsse und die Grundfesten des Erdkreises – als ER den Himmel herstellte, war ICH zugegen. Als ER nach festem Gesetz den Kreis zog und die Wassertiefen – als ER den Wolkenhimmel oben befestigte und die Wasserquellen abwog – als ER dem Meer ringsum die Grenzen wies und den Wassern das Gesetz gab, ihre Grenzen nicht zu überschreiten – als ER die Grundfesten der Erde legte, da war ICH bei IHM und ordnete alles. (Spr 8,22-25).*

22 neue Kardinäle, darunter zwei Deutsche

Papst **Benedikt XVI.** hat 22 katholische Würdenträger in den Kardinalstand erhoben. Darunter sind auch zwei Deutsche: der Berliner Erzbischof **Rainer Maria Woelki** (55) und der aus Köln stammende Jesuit **Karl Josef Becker** (83).

Mit dem vierten Konsistorium seines Pontifikates vergrößerte der Papst das Kardinalskollegium auf 213 Mitglieder. Von ihnen können jedoch nur die 125 an einer Papstwahl, dem herausragenden Privileg der Kardinäle, teilnehmen, die noch nicht 80 Jahre alt sind.

Woelki ist nun der jüngste Kardinal der Weltkirche. Der frühere Kölner Weihbischof steht seit August an der Spitze des Hauptstadt-Erzbistums Berlin. Im Herbst wählt

te ihn die Deutsche Bischofskonferenz zum Caritas-Bischof, der in besonderer Weise auch für soziale Fragen zuständig ist. Berlins Regierender Bürgermeister **Klaus Wowereit** (SPD) lud **Woelki**, der ihn nach Rom eingeladen hatte, zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ ein. „Wir müssen gemeinsam erreichen, daß Menschen nicht ausgegrenzt werden“, sagte der bekennende Homosexuelle **Wowereit** in Rom. Dies sei mit Blick auf „soziale Verwerfungen“ und „unterschiedliche Lebensweisen“ notwendig.

Er dankte **Woelki** für „die deutlichen Signale zum Dialog“, die dieser seit seinem Amtsantritt im August ausgesandt hatte.

Mehr Priester in England

Priesterseminare in England und Wales haben mit mehr als 200 Kandidaten den höchsten Bewerberstand seit fast zwei Jahrzehnten.

Derzeit bereiteten sich 185 junge Männer auf eine Arbeit als Diözesanpriester vor. Die übrigen wollten Ordensgeistliche werden. Auch bei den

Priesterweihen zeigt sich ein Anstieg. In diesem Jahr steht die Ordination von 35 Männern an; 2011 waren es 20. Im kommenden Jahr ist mit 38 Weiekandidaten zu rechnen.

Der Trend kann jedoch nicht die Personallücken aufgrund in Ruhestand tretender Priester ausgleichen.

Papst warnt vor wiss

Mit einem Plädoyer gegen einen wissenschaftlichen Machbarkeitswahn hat sich Papst **Benedikt XVI.** am 25. Februar im Vatikan an die Teilnehmer der Generalversammlung der Päpstlichen Akademie für das Leben gewendet.

Im Kampf gegen die Unfruchtbarkeit sei gerade die Fortpflanzungsmedizin heute durch „Verwissenschaftlichung und eine Logik des Profits“ bedroht. Auch die „Hybris der Vernunft“ führe vielerorts dazu, daß sich Mediziner zu „Schöpfern“

Kostbare Bibeln im Vatikan

Der Vatikan zeigt in einer Ausstellung kostbare Ausgaben der Heiligen Schrift und seltene Fragmente. Unter dem Titel „Verbum Domini“ sind bis zum 15. April am Petersplatz rund 150 Exponate zur Geschichte der Bibel zu sehen. Die zum großen Teil aus einer US-amerikanischen Privatsammlung stammenden Exponate umfassen das älteste fast voll-

ständige Bibelmanuskript in der aramäischen Muttersprache JESU, den Codex Climaci Rescriptus.

Gezeigt werden auch der Römerbrief der ersten mit beweglichen Lettern gedruckten Gutenberg-Bibel und seltene Ausgaben des Neuen und Alten Testaments in der englischen King-James-Übersetzung von 1611 und 1613.

Schau zur Kirchengeschichte

Das „Geheimarchiv“ des Vatikan zeigt erstmals die Bannbulle mit der Exkommunikation **Luthers** (1483-1546). Mit der päpstlichen Bulle „Decet Romanum Pontificem“ vom 3. Januar 1521 hatte Papst **Leo X.** die in der Bulle „Exsurge Domine“ von 1520 angedrohte Exkommunikation **Martin Luthers** vollzogen und den Bann verhängt, nachdem **Luther** der Aufforderung zum Widerruf seiner Thesen keine Folge geleistet hatte.

Außerdem wurden **Luther** und seine Anhänger zu Häretikern deklariert.

Bis September sind in der Ausstellung „Lux in Arcana“ – zu deutsch „Licht auf die Geheimnisse“ – 100 ausgewählte Dokumente zu sehen, darunter auch Akten aus dem Prozeß gegen **Galileo Galilei**. Anlaß für die Öffnung des Geheimarchivs, in dem 85 Kilometer Akten der Kirchengeschichte lagern, ist dessen Gründung vor 400 Jahren am 31. Januar 1612.

Vertrauen für Legionäre Christi

Der Beauftragte des Papstes für die „Legionäre Christi“, Kardinal **Velasio De Paolis**, hat der Ordensgemeinschaft das Vertrauen ausgesprochen. Der Kurienkardinal sagte vor rund 10.000 Zuhörern aus ver-

schiedenen Schulen der Ordensgemeinschaft im mexikanischen Leon, sein Besuch bekräftige das Vertrauen des Heiligen Vaters. Die Ordensgemeinschaft der „Legionäre Christi“ zählt weltweit rund 920 Priester.

enschaftlicher Hybris

aufspielen. Zwar seien die Probleme von Unfruchtbarkeit und unerfülltem Kinderwunsch ernst zu nehmen und Unfruchtbarkeit intensiver zu bekämpfen, unter ihrem Eindruck dürfe die Fortpflanzung jedoch nicht zu einem bloßen „Produkt“

werden, mahnte der Papst.

Grundlage auch der Fortpflanzungsmedizin müsse die Menschenwürde bleiben sowie das umfassende Wahrheitsstreben der Wissenschaftler, unterstrich der Papst. Man kann nur sagen: Wie recht er doch hat!

Wichtige Termine

*Am Mittwoch, 21. März 2012, 19 Uhr, hält RA Dr. **Eva Maria Barki** einen Vortrag: „Ungarn versus Globalisierung – ein Testfall für die Europäische Union?“ Klosterhof, Landstraße 30, 4040 Linz, 1. Stock, Linzer Stube (vormals Jagdzimmer). Veranstalter ist der „Neue Klub“.*

Von 20. bis 22. April organisieren die „Ecclesia Dei Gemeinschaften“, also die Gruppierungen mit der Liturgie in der außerordentlichen Form, eine Wallfahrt nach Trier. Von Linz fährt ein Bus über Salzburg und München nach Trier. Anmeldung und nähere Information bei der Priesterbruderschaft St. Petrus – Linz; Tel.: 0732/94 34 72 oder fssplinz@liwest.at

Von 14. bis 16. September findet in der Stadthalle am Schloß Aschaffenburg der 12. Kongreß des Forums Deutscher Katholiken statt. Kongreß-Motto und Antwort auf die Glaubenskirche: „Die Kirche ist mehr als eine Institution“. Wir berichten noch ausführlich!

Liebe Leserin, lieber Leser!

*„Wir kommen!“ läßt der junge Türke **Inan Türkmén** in einem neuen Büchlein den deutschsprachigen Europäern ausrichten. Es gefällt ihm vieles nicht, was der in Österreich Geborene erlebt: besoffene Jugendliche bei der Straßenbahnhaltestelle taugen ihm ebensowenig wie die Familienfeindlichkeit hierzulande. Er ist an Großfamilien gewohnt, bei denen sich oft nicht einmal die Cousins mehr kennen. Manches, was ihm nicht taugt, gefällt auch uns nicht.*

*Manches was der Jungtürke von sich gibt, wird man bezweifeln müssen: daß der Weihnachtsbaum in der Türkei erfunden wurde oder daß **Goethe** genetisch ein Türke war. Bei all den Aufzählungen von Dingen, die als türkisches Erbe auf uns kamen, hat **Inan Türkmén** den Kaffee vergessen, den die Wiener seit 1683 kennen.*

*Der Türke **Inan Türkmén** ist nicht Moslem im eigentlichen Sinn: er ist Alevit mit Wurzeln in Ostanatolien. Sucht er, unausgesprochen, die christlichen Wurzeln, von denen der Islam ihn abschnitt?*

Wir Katholiken sagen dem jungen Autor des Buches „Wir kommen“: Kommt nur! Denn ER ist schon da! ER: das ist unser GOTT, euer VATER und unser VATER, der barmherzige ERLÖSER der Welt und der HEILIGE GEIST.

In tiefer Verbundenheit grüßen wir diesmal und danken für alles Mitdenken und alle Mitarbeit in den vergangenen Wochen:

Friedrich Engelmann 

Siebenjähriger als Rassist verdächtigt

Ein siebenjähriger britischer Knabe aus der Stadt Hull ist in den Fokus der Antirassisten geraten: **Elliot Dearlove** hatte auf dem Spielplatz einen anderen Jungen gefragt, ob dieser „braun ist, weil er aus Afrika kommt“.

Aufgrund dieses „rassistischen Vorfalls“ wurde seine Mutter zu einem Treffen mit

dem Lehrer und dem Direktor seiner Schule zitiert, wo sie ein Formular unterschreiben und somit zugeben sollte, daß ihr Sohn ein Rassist sei. Sie weigerte sich und stellte klar, daß sie die Frage nicht rassistisch fand: „Mein Sohn ist neugierig. Er stellt immer gerne Fragen, aber das macht ihn nicht zu einem Rassen!“ Die Schule ist anderer Meinung: Die Maß-

nahmen waren „in Einklang mit der Richtlinie für Schulen zur Meldung rassistischer Vorfälle“. Angeblich wurden schon tausende Kinder nach Spielplatzstreitereien als rassistisch oder homophob gebrandmarkt. Bei mehr als 20.000 Kindern unter elf Jahren wurden sogenannte „Haßverbrechen“ (in etwa äquivalent zu „Volksverhetzung“) vermerkt.

Christen fördern den Islam

Die Diözese Bordeaux wollte ein kircheneigenes Grundstück im Bezirk Grand-Parc an eine muslimische Kulturvereinigung verkaufen, die dort eine Moschee errichten will. Projektbetreiber ist **Mohammed Habri**, ein gebürtiger Marokkaner. Er ist

Vorsitzender der Islamischen Bürger-Union von Bordeaux-Nord. Er steht in Verdacht, einer besonders radikalen Islam-Sparte anzugehören.

Nicht Christen, sondern als rechts geltende Politiker (Front National) haben das Projekt verhindert.

Kirche unter Druck

Chicagos Kardinal **Francis George** hat mit einer Schließung katholischer Kliniken gedroht, sollte eine Klausel in der geplanten Gesundheitsreform nicht zurückgenommen werden. Das umstrittene Gesetz ver-

pflichtet Arbeitgeber, ihren Beschäftigten Krankenversicherungen mit Kostenübernahme für Familienplanung anzubieten. Dagegen laufen die katholischen Bischöfe Sturm, um ihrer Religion gerecht zu werden.

Kirchen auf dem Prüfstand

Alte Kirchen, Klöster, Kapellen – für viele Belgier eher Orte der Stille und Erholung als Stätten von religiöser Bedeutung. Eine jüngste Umfrage ergab, daß sich nur noch drei Prozent aller Belgier selbst als praktizierende Katholiken bezeichnen. Diese gesellschaftliche Entwicklung wird nun auch Konsequenzen für den Erhalt denkmalgeschützter religiö-

ser Gebäuden im wallonischen Landesteil haben.

Man will eine objektive Grundlage für die Entscheidung schaffen, ob sich der Erhalt von Gotteshäusern lohnt. Insgesamt stehen in der französischen und deutschsprachigen Region Belgiens etwa 2.800 Gebäude unter Denkmalschutz, darunter 380 Kirchen und 200 Kapellen.

Putin rüstet auf

Rußland muß nach Einschätzung von Ministerpräsident **Wladimir Putin** zum Schutz seiner Ressourcen seine Streitkräfte modernisieren. Die Regierung will in den kommenden zehn Jahren 23 Billionen Rubel (580 Milliarden Euro) für mehr als 400 Interkontinentalraketen, mehr als 600 Kampfflugzeuge, Dutzende von U-Booten und Tausende von neuen Schützenpanzern ausgeben.

Studentinnen als Prostituierte

Laut einer Studie der University of Birmingham (<http://birmingham.ac.uk>) steigt die Anzahl der Studentinnen, die ihr Studium als Prostituierte finanzieren. Jeder zehnte Student kennt eine Studentin, die „nebenbei“ im Bordell arbeitet. 2002 waren es noch vier, inzwischen ist die Anzahl auf zehn Prozent gestiegen. **Anm.d.Red.:** Ob auch Theologie-Studentinnen auf diese Weise ihr Studium finanzieren?

Der Afrikanische Nationalkongreß (ANC) feierte in Januar 2012 sein hundertjähriges Jubiläum nach altem Brauch: Er beschwört die Geister der Ahnen und empfiehlt Südafrika, das einst von den Buren dem dreieinigen

Heidentum

GOTT geweiht war, dem Schutz der Verstorbenen.

Dieser Kult erinnert an **Jean-Bertrand Aristide**, der bis vor kurzem in Südafrika im Exil lebte. Er hatte in Haiti, der einstigen Perle der Antillen, den Voodoo Glauben zur Staatsreligion erhoben und sein Land damit zu Armut und Elend verdammt. – Am 7. Januar 2012 also fand in Bloemfontein der Auftakt der 100-Jahrfeier des ANC statt. Dazu hatten die südafrikanischen Häuptlinge, darunter auch **Nelson Mandela**, 50 Rinder gespendet. **Jacob Zuma**, der Staatspräsident, begann damit, daß er das erste Dankopfer tötete. Der Speer traf, der Bulle brüllte, die Frauen trillerten, die Trommeln rollten, und Präsident **Zuma** sagte: „Alles ist getan. Wir haben mit den Ahnen gesprochen.“

US-Moscheen

Die Anzahl der Moscheen in den USA ist im vergangenen Jahrzehnt um 74 Prozent gewachsen. Zudem fühlen sich Imame mit ihren Gemeinden besser in der Gesellschaft akzeptiert als vor dem 11. September 2001. Es gab 2010 in den Vereinigten Staaten 2.106 Moscheen. 2000 waren es 1.209.



NIE WIEDER !

NACHRICHTEN EUROPÄISCHER BÜRGERINITIATIVEN

Ausgabe 3 / 2012

Verantwortlich für die Beilage des „13.“ Günter Annen

Cestarostraße 2, D-69469 Weinheim

Tel. und Fax: 0049 (0) 6201-2909929/28

E-Mail: info@babycast.de

Forsetzung von Seite 1

Wörtlich heißt es: „Die Regierungen müssen das fundamentale Recht einer religionsfreien Erziehung garantieren.“ – Darüber hinaus soll Gender-Gleichheit vorgeschrieben werden, was bedeutet, daß die sexuellen Interessen der LGBT (Lesben, Gay(Schwulen)-, Bisexuellen und Transsexuellen) durchzusetzen seien.

Ebenso sollen die Regierungen mit den Medien und Behörden zusammenarbeiten und vor allem ihren Einfluß geltend machen, daß jegliche Ablehnung und „Phobie“ gegenüber Gender-Mainstreaming beseitigt wird.

Zynismus pur

Regierungen werden aufgefordert, LGBT als Teil des Spektrums von Gender-Gleichheit zu akzeptieren; sie müssen ferner dafür sorgen, daß Jugendliche ihre sexuelle Identität als „Menschenrecht“ verstehen lernen. Es wird darauf gepocht, daß die Regierungen der Mitgliedstaaten diese Forderungen in ihren Ländern popularisieren.

Den Höhepunkt des Zynismus enthält jedoch der erwähnte Statement-Entwurf. In unüberbietbarer Rücksichtslosigkeit werden gesundheitliche Risiken durch die propagierte zügellose sexuelle Lebensweise mit un-

terschiedlich praktizierten sexuellen Orientierungen in Kauf genommen.

Anstatt zu einer Lebensweise anzuregen, die lebensbedrohliche Krankheiten wie zum Beispiel Aids vermeiden hilft, wird von den Regierungen verlangt, jenen, die aufgrund ihrer sexuellen Lebensweise erkranken, umfassende medizinische Dienstleistungen durch die Allgemeinheit zu garantieren.

Um diese Ziele besser bekannt zu machen und durchsetzen zu können, wurde von den Vereinten Nationen am 12. August 2010 ein „Internationales Jahr der Jugend“ ausgerufen, das bis Ende 2011 dauern soll. [1]

Damit die Vorgaben von Mexiko umgesetzt werden können, muß die Indoktrinierung so früh wie möglich, also schon bei den Kindern, durchgedrückt werden.

Am 20. Juli 2011 berichtet die FAZ über eine Anordnung des Berliner Senators für Bildung, **Jürgen Zöllner** (SPD), in der bestimmt wird, daß Grundschulkinder sich ab dem 5. Lebensjahr daran gewöhnen müssen, sich an der „sexuellen Vielfalt“ als Norm zu orientieren.

Das bedeutet eine aggressive Wegführung von der Vater-Mutter-Kind-Familie hin zu homosexuellen Lebensformen. Im Aufklärungsprogramm des Senators findet sich ein Bücher- und

Spielekoffer, mit dem nach den Sommerferien den Grundschulen das andere Bild von „Familie“ vorgestellt werden soll.

Die neuen Märchen

Ab der 5. Klasse sollen Kinder die einschlägigen sexuellen Begriffe in Scharaden (Spiel mit pantomimischer Darstellung) darstellen. Eine der Geschichten aus dem Bücherkoffer schildert die Suche nach einer Prinzessin, denn der Kronprinz soll heiraten. Viele Mädchen werden ihm vorgeführt, aber keine gefällt ihm, bis Prinzessin **Liebegunde** mit ihrem Bruder eintritt. Da verliebt sich der Kronprinz in den Bruder der Prinzessin; sie heiraten und regieren gemeinsam als „König und König das Land“. – So klingen die Märchen im 21. Jahrhundert.

Die Schweiz – eifrig bemüht, der EU zu Diensten zu sein – hat ebenfalls ihr Um Erziehungsprogramm gestartet. Durch die Schweizer Boulevard-Zeitung „Blick“ wurde die Öffentlichkeit auf das Sexualprogramm des Kantons Basel-Stadt aufmerksam:

Dort wurden in 30 Schulen und Kindergärten Sex-Koffer und Boxen mit eindeutigen Inhalt verteilt: Puppe, Puzzles, Bücher und anderes „Lehrmaterial“ für Vier- bis Zehnjährige, das die eroti-

schen Zonen der Kinder und deren Möglichkeiten der Stimulation erklärt.

Auch in England soll der Sexualunterricht für Kinder ab 5 Jahren obligatorisch werden, wobei staatliche Institutionen bei der Lehrmittelherstellung mitwirken, z.B. die BBC mit Video-Produktionen. Bislang galt in England das Recht der Eltern, ihre Kinder von der Sexualerziehung abzumelden – das wird sich nun ändern.[2]

Die Forderungen der mexikanischen Weltjugend-Konferenz sind nicht neu. Sie führen die Vorgaben früherer Konferenzen in Kairo (1994), Peking (1995), Belém do Pará (1995), Yogyakarta (2006) weiter, in denen Fragen zur sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität im Sinne des familienfeindlichen Gender-Mainstreaming im Mittelpunkt standen. In keiner der genannten Konferenzen war das Wohl der Jugend auch nur das geringste Anliegen.

Der erneute Vorstoß der Vereinten Nationen ist eine große Gefahr für die Familie, für die Heiligkeit und die Würde des Lebens, für die Erhaltung moralisch-ethischer Werte und für die Freiheit der Christen, ihren Glauben zu leben.

[1] C-FAM vom 11. August /8. September 2010

[2] Schweizer Elternforum, www.elfor.ch

Bischofstreffen erstmals vorzeitig beendet

Die Deutsche Bischofskonferenz hat ihre Frühjahrsvollversammlung erstmals vorzeitig beendet. Mit dem Bericht ihres Vorsitzenden, Erzbischof **Robert Zollitsch**, schloß das viertägige Treffen am Morgen des 1. März in Regensburg einen halben Tag früher als geplant.

Die kirchlichen Eigentümer des Medienhändlers Weltbild hielten an ihrem Trennungsbeschluß fest, prüften aber auch andere Möglichkeiten als einen Verkauf, etwa die Überführung

in eine Stiftung, sagte **Zollitsch**. Wie eine solche Lösung aussehen könne, sei noch unklar. Der innerkirchliche Dialogprozeß werde auch in diesem Jahr fortgesetzt, sagte der Vorsitzende. Wichtige Stationen seien der Katholikentag im Mai in Mannheim und eine weitere zentrale Veranstaltung Mitte September in Hannover.

Besorgt sind die deutschen Bischöfe um den theologischen Nachwuchs. Nach **Zollitschs** Worten rechnen sie mit einer weiteren Reduzierung der bisher noch 20

theologischen Fakultäten. Offensiv stellt sich die katholische Kirche der Debatte um ihr Arbeitsrecht. Ausserhalb der Tagesordnung des Bischofstreffens betonte **Zollitsch** bei einem Pressegespräch, daß kirchliche Angestellte in der Regel besser bezahlt würden als ihre Kollegen in vergleichbaren weltlichen Einrichtungen. Die Tarifbindung kirchlicher Betriebe sei äußerst hoch. Gegen Lohndumping und Leiharbeit hätten die Bischöfe unlängst Maßnahmen ergriffen.

Diözesanrat warnt vor Geldverbrennung

Der Vorsitzende des Diözesanrats der Katholiken in der Erzdiözese München, Hans Tremmel, hat die deutschen Bischöfe aufgerufen, ihren Verkaufsbeschluß zum kirchlichen Medienkonzern „Weltbild“ zu überdenken. „Verantwortung sieht anders aus“, erklärte **Tremmel** bei der Frühjahrsvollversammlung des Diözesanrats in Bad Aibling.

Zudem stelle sich die Frage, ob die Verantwortlichen ernsthaft aufgrund „digitaler Unzulänglichkeiten“ und Kontrollpannen im Internethandel „die Chance dieses europaweit agierenden Konzerns in die Tonne treten“ wollten. Statt vorschnell die Segel zu streichen, gelte es, sich um die Qualität zu kümmern.

Die Bischöfe hätten neben der Verantwortung für die Beschäftigten und deren Fa-

milien auch eine für jene Menschen, denen mit dem Geld der Kirche viel Gutes widerfahre, erklärte **Tremmel** weiter. „Wir können nicht auf der einen Seite Menschen auf die Straßen und in die Häuser schicken, damit sie sammeln gehen, und auf der anderen Seite einen wahrscheinlich dreistelligen Millionenbetrag durch solche Exkulpierungsaktionen verbrennen.“

Über „Heiße Eisen“ wird gesprochen

Kurz vor der Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Regensburg positioniert sich **Reinhard Marx**, Erzbischof von München und Freising zu den heißen Eisen im innerkirchlichen Dialog: über Homosexuelle, Pflichtzölibat, konfessionsverschiedene Ehen und wiederverheiratete Geschiedene solle/müsse geredet werden.

So kommentierte **Marx** jedenfalls die Empfehlungen des Zukunftsrates für seine

Erzdiözese, der seit 2008 mehr als 2.700 Vorschläge aus den Pfarreien und Verbänden gebündelt hat.

Der Erzbischof betonte beispielsweise, daß homosexuelle Menschen vollwertige Mitglieder der Gemeinde seien und dort auch Ämter innehaben könnten. Er plädierte dafür, Frauen stärker bei der Besetzung von Ämtern zu berücksichtigen, die nicht an die Weihe gebunden seien. Bei der Frage des Kommunionsempfangs von

konfessionsverschiedenen Ehen seien „Entscheidungen im pastoralen Einzelfall“ zu suchen.

Menschen, deren erste Ehe in die Brüche gegangen ist? **Marx** will danach zunächst in seiner Erzdiözese suchen, und macht zugleich klar, daß es dabei nicht bleiben kann. Das Thema sei ebenso eines der Deutschen Bischofskonferenz. Und auch in Rom habe er darüber schon gesprochen. So sagte es der Kardinal-Erzbischof.

PERSONALIA

Dominikus Schwaderlapp (44), Kölner Generalvikar, wird neuer Weihbischof des Erzbistums. Als Weihbischof folgt Schwaderlapp Rainer Maria Woelki (55) nach, der seit August Berliner Erzbischof ist. Die Bischofsweihe findet am 25. März statt.

Prälat Stefan Heße (45), bisher Personalchef des Erzbistums Köln, wird neuer Generalvikar. Er tritt das Amt am 16. März an.

Das Erzbistum Berlin hat einen neuen Verwaltungschef. Kardinal Rainer Maria Woelki berief Tobias Przytarski (52) zum Nachfolger von (68) als Generalvikar. **Rother** hatte das Amt seit 2004 inne. Er wird neuer Dompropst der Domgemeinde Sankt Hedwig. **Przytarski** vertrat bislang als Leiter des Katholischen Büros Berlin-Brandenburg das Erzbistum Berlin sowie die Bistümer Görlitz und Magdeburg gegenüber beiden Bundesländern.

Hildegard Mathies (42), seit 2006 Chefredakteurin des katholischen Magazins „kontinente“, verläßt die Zeitschrift im Sommer.

Der Münchner Unternehmer Erich Lejeune (67) hat der Hochschule für Philosophie (HfPh) der Jesuiten einen Lehrstuhl für Philosophie und Motivation gestiftet. Als Lehrstuhlinhaber wurde Professor Pater **Godehard Brüntrup** (54) berufen.

Es fehlt auch Kritik an Bischöfen nicht

Priesternetzwerk warnt vor Spaltung

Das „Netzwerk katholischer Priester“ warnt vor einer Spaltung der katholischen Kirche im deutschsprachigen Raum.

In einer in Koblenz veröffentlichten Erklärung kritisiert die Vereinigung zudem die Bischöfe, die zu wenig gegen einen „zunehmenden Ungehorsam“ gegenüber dem Vatikan unternähmen. Insbesondere gebe es nicht genug Widerstand gegen die österreichische sogenannte „Pfarrer-Initiative“, die offen zum Ungehorsam aufrufe.

Diese Initiative sei „ein weiteres trauriges Symptom für das faktische Schisma, das sich im deutschsprachigen Raum unter den Augen der Bischöfe längst vollzogen“ habe, heißt es in der Stellungnahme. Dieses

Schisma trenne „jene, die sich zur Lehre und Ordnung der Kirche bekennen, von jenen, die den Glauben der Kirche nur noch selektiv akzeptieren und auf dem Weg sind, sich eine eigene ‘Kirche’ aufzubauen“.

Das Priesternetzwerk weist die Forderungen der österreichischen „Pfarrer-Initiative“ zurück und äußert sich „befremdet“ über die Reaktionen jener Bischöfe, in deren Diözesen sich Pfarrer dieser Initiative angeschlossen haben. Bislang habe kein einziger Bischof die Mitglieder zum Widerruf aufgefordert. Stattdessen werde Verständnis signalisiert und beteuert, es werde selbstverständlich keine Sanktionen geben.

Insgesamt entstehe der Eindruck, „daß sich die Bi-

schöfe scheuen, ein klares Wort zu sprechen, und lieber zusehen, wie der Papst als Hirte der Gesamtkirche in seiner Autorität untergraben“ werde. Die gesamte Entwicklung lasse „Rückschlüsse auf die Geisteshaltung jener zu, die in den deutschsprachigen Diözesen Verantwortung tragen“.

Das Priesternetzwerk habe in der Vergangenheit immer wieder auf Fälle hingewiesen, bei denen „Priester, die sich an das geltende Recht der Kirche halten, vertrieben wurden“. In den deutschsprachigen Ländern würden stattdessen „Priester, die offen zum Ungehorsam aufrufen, von der Hierarchie hofiert“. Wörtlich heißt es in der Erklärung weiter: „Wie tief sind wir gesunken, daß dieser Zustand bisher keinen

Empörungsschrei verursacht hat?“ Abschließend fordert das Priesternetzwerk von den Bischöfen ein „entschiedenes Einschreiten gegen die zweifelhaften ‘Reformbemühungen’ der ‘Pfarrer-Initiative’“. Wer sich weiter „aufs Zuschauen verlegt, versündigt sich an der Einheit der Kirche. Die Zeit drängt.“

Das konservative „Netzwerk katholischer Priester“ hat etwa 500 Mitglieder und wurde 2001 in Frankfurt gegründet. Es will seinen Mitgliedern durch „mitbrüderlichen Austausch und durch Vernetzung von glaubens-treuen katholischen Geistlichen“ Hilfestellung bieten.

Auszeehrungserscheinungen der Theologie

Die katholische Universitätstheologie in Deutschland befindet sich dramatisch auf dem Rückzug.

Auf dieses Fazit läßt sich die Studie zuspitzen, die der Frankfurter Professor **Bernhard Emunds** am 29. Februar bei der Frühjahrsvollversammlung der deutschen Bischöfe in Regensburg präsentierte. Ausgerechnet an dem Ort, an dem **Joseph Ratzinger** vor seiner Beförderung ins Bischofsamt seine glänzende Karriere als Hochschullehrer beschloß – mit einem Schülerkreis aus aller Welt.

Nur eine Generation später welkt im Land des Pro-

fessoren-Papstes die Theologie dahin, die einst als Mutter aller Wissenschaften galt, und ohne die eine Universität undenkbar war. Fakultäten werden zu Instituten herabgestuft und damit die Anzahl der Lehrstühle auf einen Schlag halbiert. So geschehen zuletzt in Bamberg und Passau, demnächst in Benediktbeuern. Weitere werden absehbar folgen, nicht nur in Bayern.

Weil sich nur noch eine kleine Schar junger Männer dem Priesterberuf zuwendet und sich die Bistümer bei der Einstellung von Laientheologen zurückhalten, absolvieren immer weniger junge Leute ein theologisches Voll-

studium. Derzeit sind es nicht mehr ganz 2.200, vor 15 Jahren waren es noch doppelt so viele. Das Gros der Studenten rekrutiert sich inzwischen aus angehenden Lehrern. Mit der Folge stark sinkender Anzahlen bei Promotionen und Habilitationen.

Diese Entwicklung bringt die noch bestehenden zwanzig katholisch-theologischen Fakultäten in Deutschland in Nöte. In Fächern wie Moraltheologie oder Alter Kirchengeschichte wird es in den nächsten Jahren statistisch gerade mal einen geeigneten Bewerber für jede freiwerdende Professur geben.

Juden empört über Urteil

Der Jüdische Weltkongreß (WJC) hat eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts kritisiert, nach der Holocaustleugnung im Rahmen eines Meinungsaustauschs erlaubt ist. Der Präsident des Dachverbands jüdischer Gemeinden und Organisationen in New York, **Ronald S. Lauder**, sprach von einem „Schlag ins Gesicht“ für die Angehörigen und Nachkommen von sechs Millionen ermordeter Juden.

Charlotte Knobloch, WJC-Vizepräsidentin und Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde in München, erklärte, der Gesetzgeber habe die Leugnung des Holocaust bewußt dem Schutzbereich der Meinungsfreiheit entzogen.

Galerie statt Gotteshaus:

In Kreuzberg wird Kirche zum Kunsttempel

Johann König will die frühere Sankt-Agnes-Kirche in Berlin-Kreuzberg zur Galerie machen.

Vor sieben Jahren gab das Erzbistum Berlin den Sakralbau im Zuge einer Gemeindefusion auf. Nun erwarb **König**, einer der bekanntesten Berliner Galeristen, das frühere Gotteshaus samt Gemeinde- und Kitaräumen. Statt Messen und Andachten sollen dort künftig nun Ausstellungen zeitgenössischer Kunst stattfinden. Im April kann **König** die Immobilie übernehmen. Dann will er bereits einen Entwurf für die Umgestaltung vorlegen.

„Er ist einfach ideal für Ausstellungen“, meint **König** über den Betonbau, der in den 1960er Jahren nach einem Entwurf des renommierten Architekten **Werner**

Düttmann in den kubischen Formen des „Neuen Bauens“ entstand.

Eigentlich war der 30jährige, der seit zehn Jahren eine Galerie in der Hauptstadt unterhält und derzeit rund 20 internationale Künstler vertritt, vor zwei Jahren auf der Suche nach einer Eigentumswohnung. Doch ein Architekt machte ihn auf die entwidmete katholische Kirche unweit des Jüdischen Museums aufmerksam, die zwischenzeitlich an eine freikirchliche Gemeinde vermietet war.

König erkannte sofort das Potenzial der massiv wirkenden, dreischiffigen Basilika. Auch das angrenzende, eher triste Hochhausviertel schreckte ihn nicht. Er konnte sich schließlich gegenüber den Mitbewerbern durchset-

zen und mit Vertragsverhandlungen beginnen. Maßgeblich daran beteiligt war das „D:4 Büro für Kirche und Kultur“, das sich unter anderem auf die Umnutzung früherer Kirchenimmobilien spezialisiert hat. Im vergangenen Dezember unterzeichneten **König** und die zuständige Sankt Bonifatiusgemeinde den Vertrag. Über den Preis wurde Stillschweigen vereinbart.

Viel mehr Geld für den Zentralrat der Juden

Der Bund verdoppelt seinen Zuschuß für den Zentralrat der Juden. Für seine Arbeit erhält er ab 2012 zehn statt bisher fünf Millionen Euro. Dies ist im neuen Staatsvertrag mit dem Zentralrat geregelt, der am 2. März den Bundesrat passierte. Die Länderkammer stimmte auf ihrer Sitzung in Berlin für das entsprechend geänderte Bundesgesetz. Hintergrund der Erhöhung sind neue Anforderungen an die jüdische Gemeinschaft, die zu einem Anstieg ihrer

Aufgaben geführt haben. Diese betreffen vor allem den Bildungsbereich.

Die Neufassung tritt an die Stelle des ersten Abkommens der Bundesregierung mit dem Zentralrat, mit dem 2003 die Förderung durch den Bund erstmals geregelt wurde. Unter dem Dach des Zentralrats der Juden sind 23 Landesverbände mit 108 jüdischen Gemeinden und 105.000 Mitgliedern organisiert. **Kommentar:** Welche Anforderungen werden da wirklich finanziert?

Kölner Moscheestreit

Der Kölner Moscheestreit ist beigelegt. Der Architekt **Paul Böhm** und die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (Ditib) einigten sich auf eine weitere Zusammenarbeit. Die Fertigstellung des Moscheebaus sei für Juli und August dieses Jahres geplant.

Nach den Worten **Böhms** gibt es nach wie vor Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und der Ditib.

Die Ditib hatte den Vertrag mit **Böhm** Ende Oktober gekündigt und als Grund Baumängel und steigende Kosten genannt. **Böhm** wies die Vorwürfe zurück und warf dem seit August amtierenden Ditib-Vorstand vor, auf Konfrontationskurs zu ihm ge-

gangen zu sein und eine weisse Moschee durchsetzen zu wollen. Die Kölner Moschee soll nach ihrer Fertigstellung das größte islamische Gotteshaus in Deutschland werden. Auf der Baustelle im Stadtteil Ehrenfeld wurde im Februar 2011 Richtfest gefeiert. Zentrale Bestandteile sind die rund 36 Meter hohe Kuppel und zwei 55 Meter hohe Minarette. Daneben gibt es Gebäude für die Büros der neuen Ditib-Zentrale, Seminarräume, eine Bibliothek, ein Restaurant und Ladengeschäfte. Die Baukosten liegen nach bisherigen Angaben bei rund zwanzig Millionen Euro, die über Spenden und Kredite aufgebracht werden.

PERSONALIA

Joachim Gauck richtet sein neues Büro vorübergehend im Haus der Deutschen Bischofskonferenz in Berlin ein. Bis zu seiner Wahl zum Bundespräsidenten am 18. März werde von dort die Arbeit koordiniert, heißt es.

Das altersbedingte Rücktrittsgesuch des Bischofs von Dresden-Meißen, **Joachim Reinelt** (75), wurde angenommen.

Zur Organspende-Reform

Die Einigung der Politik beim Thema Organspende ist auf geteiltes Echo gestoßen.

Kritik kam vor allem von der Deutschen Hospiz Stiftung und den Christdemokraten für das Leben (CDL). Politiker und Ärztevertreter äußerten sich zufrieden und verteidigten die geplante Reform. Eine Spit-

zenrunde aus Bundesregierung und allen Fraktionen hatte sich am 1. März darauf geeinigt, Organspenden neu zu regeln. Danach soll jeder Erwachsene regelmäßig nach seiner Bereitschaft zur Organspende gefragt werden. 2011 war die Anzahl der Spender gegenüber dem Vorjahr um 7,4 Prozent gesunken.

Junge Muslime integrieren sich nicht

Ein Viertel der jungen nichtdeutschen Muslime ist nicht bereit, sich in Deutschland zu integrieren. Wen wundert es?

Das ist ein Ergebnis einer Untersuchung, die das Bundesinnenministerium am 1. März in Berlin vorstellte. Bundesinnenminister **Hans-Peter Friedrich** (CSU) zeigte sich alarmiert. „Deutschland achtet die Herkunft und kulturelle Identität seiner Zuwanderer. Aber wir akzeptieren nicht den Import autoritärer, antidemokratischer und religiös-fanatischer Ansichten.“

Die Befragungen von Muslimen im Alter zwischen 14 und 32 Jahren ergaben demnach, daß eine Untergruppe

existiert, die sich als streng religiös bezeichnet „mit starken Abneigungen gegenüber dem Westen, tendenzieller Gewaltakzeptanz und ohne Integrationstendenz“. Bei nichtdeutschen Muslimen in dieser Altersklasse trafe dies auf 24 Prozent der Befragten zu, bei deutschen Muslimen immerhin noch auf 15 Prozent.

Bild nicht einheitlich

Die Autoren der Studie betonten, daß es kein einheitliches Bild der jungen Muslime in Deutschland gebe. Es existierten stattdessen viele unterschiedliche Lebenswelten. Insgesamt befürworteten rund 78 Prozent der deut-

schen Muslime die Integration mehr oder weniger. In der Gruppe der nichtdeutschen Muslime liege dieser Wert bei etwa 52 Prozent; 48 Prozent wiesen „starke Separationsneigungen“ auf.

Besorgte Innenminister

Die rund 760 Seiten starke Studie wurde von Psychologen, Soziologen und Kommunikationswissenschaftlern der Friedrich-Schiller-Universität Jena, der Jacobs University Bremen, der Johannes Kepler Universität Linz sowie der Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung Weimar erarbeitet.

Bundesinnenminister **Hans-Peter Friedrich**

(CSU) ist jedenfalls besorgt: „Deutschland achtet die Herkunft und kulturelle Identität seiner Zuwanderer. Aber wir akzeptieren nicht den Import autoritärer, antidemokratischer und religiös-fanatischer Ansichten“.

Als Konsequenz der Studie sieht der deutsche Innenminister, das Bildungssystem mehr für den Islam zu öffnen.

Richtige Schlüsse?

Der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) fordert, aus der neuen Integrationsstudie des Bundesinnenministeriums (BMI) die „richtigen Schlüsse“ zu ziehen.

Beirat für islamische Religion

Die Mitglieder des Beirats, der in Nordrhein-Westfalen die Inhalte des neuen islamischen Religionsunterrichts bestimmen soll, stehen fest.

Für das Ministerium arbeiten der münstersche Religionspädagoge **Mouhanad Khorchide**, die Kölner Islamwissenschaftlerin **Hanim Ezder**, ihr Kölner Kollege **Sami Alphan** und die Paderborner Theologin und Kul-

turwissenschaftlerin **Tuba Isik-Yigit** mit. Der KRM benannte Vertreter aus den eigenen vier Mitgliedsverbänden: **Mehmet Soyhun**, von der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (Ditib), **Burhan Kesici** vom Islamrat, **Nigar Yardim** von den islamischen Kulturzentren (VIKZ), und **Eva El-Shabassy**, vom Zentralrat der Muslime. Die Amtszeit beträgt drei Jahre.

Jetzt: Streit um Islam-Unterricht

Der Deutsche Philologenverband kritisierte am 4. März Vorschläge von Bundesinnenminister **Hans-Peter Friedrich**, das deutsche Bildungssystem stärker für den Islam zu öffnen. Der Vorsitzende des Philologenverbandes, **Heinz-Peter Meidinger**, sagte der „Bild“-

Zeitung am 5. März, **Friedrichs** Initiative dürfe nicht dazu führen, daß „an deutschen Schulen Zellen von ‚Koranschulen‘ entstehen“. Der Minister sagte: „Es ist sehr hilfreich, wenn man Imame hat, die hier im Land ausgebildet und gut integriert sind“.

Universität erwarb Islam-Sammlung

Die Universität Osnabrück hat eine wertvolle Sammlung islamisch-theologischer Literatur erworben. Die rund 5.000 Bände aus den Beständen eines Kölner Gelehrten sollen den Grundstock der Bibliothek des künftigen Instituts

für Islamische Theologie bilden.

Die Universität Osnabrück bildet zusammen mit der Universität Münster das größte der bundesweit vier Institute für islamische Theologie an deutschen Hochschulen.

Gekündigter Vertrag

Der Humanistische Verband (HVD, Atheisten) Berlin-Brandenburg will mehr staatliche Zuschüsse für seinen Lebenskundeunterricht. Deshalb kündigte er zum 1. März seine Finanzierungsvereinbarung mit dem Land Berlin.

Der Lebenskundeunterricht für rund 52.000 Schü-

ler läuft dennoch weiter wie bisher. Das Fach werde auf der bisherigen Grundlage weiter gefördert, bis eine neue Vereinbarung getroffen sei. Auch die Kirchen bezeichnen die Finanzierung ihres Religionsunterrichts als unzureichend, sie wollen die entsprechenden Abkommen aber derzeit nicht kündigen.

„Seelsorgeeinheiten“ werden abgelehnt:

150 Augsburger Pfarreien für bewährte Struktur

Im Bistum Augsburg haben sich am Sonntag, 4. März 2012, nach Angaben der Organisatoren rund 150 Pfarreien an einer Aktion „Kirche umarmen“ beteiligt.

Die Menschen protestierten damit gegen die von Bischof **Konrad Zdarsa** angekündigte „Raumplanung 2025“; sie sieht einen Zusammenschluß der rund 1.000 Pfarreien in 200 „Seelsorgeeinheiten“ vor. Der Aufruf zur Kirchenumarmung kam von der „Initiative Heute Kirche sein – Pastorales Gesprächsforum

Augsburg“. In deren Mitteilung hieß es, die große Anzahl habe die Erwartungen weit übertroffen. Weiter wurde betont, Anlaß für die Aktion sei ein Schreiben des Generalvikars zur geplanten Strukturreform gewesen. Der spätere Hirtenbrief von Bischof **Konrad Zdarsa** zu Beginn der Fastenzeit jedoch sei „sprachlich moderater“ gefaßt. In dem Schreiben warb **Zdarsa** erneut für seine Reform. Zugleich betonte er, die Veränderungen würden nicht über Nacht von oben erfolgen. Notwendig sei ein „ver-

nünftiger, respektvoll vorge-nommener Dialog“. Mit der Neuordnung wolle er die Eucharistie stärken und gleichzeitig die weniger werdenden Priester entlasten, so der Bischof. Die Initiatoren von „Kirche umarmen“ unterstrichen, viele engagierte Katholiken seien schockiert über Ton und Tempo der geplanten Veränderungen. Von der Di-

özese ausgebildete Leiter für Wort-Gottes-Feiern zeigten sich irritiert über das künftige Verbot dieser Feiern an Sonntagen in den Gemeinden. Ein Reizwort sei zudem „Fusion“. Damit werde der Verlust der Eigenständigkeit befürchtet. Auch der statt des Pfarrgemeinderats geplante „Pastoralrat“, an dessen Spitze ein Geistlicher stehen solle, stoße auf Kritik.

Provokation ohne Ende

Provokation löst ein Theaterstück in Berlin auf. Es greift die Grundfesten christlicher Überzeugungen an.

Der Titel des Theaterstücks: „Über das Konzept des Angesichts bei Gottes Sohn“. Regisseur ist **Romeo Castellucci**. Die Erstaufführung war am 5. März im Berliner Theater „Hebbel am Ufer“.

Castelluccis Stück zeigt vor dem Hintergrund eines überdimensionalen Jesusporträts die Pflege eines demen-ten und inkontinenten Vaters durch seinen Sohn. Anschlies-send betreten Kinder die Bühne und werfen „Handgranaten“ auf das Jesusbild. Daraufhin verbrennt es sym-bolisch und an Blut erinnernde Flüssigkeiten fließen dar-über. Durch unterschiedliche Beleuchtung erscheint ab-wechselnd die Aussage „Du bist mein Hirte“ und „Du bist nicht mein Hirte“.

Der Berliner Kardinal **Rai-ner Maria Woelki** hatte das Stück vor der Aufführung im Theater „Hebbel am Ufer“ scharf kritisiert. „Ich verur-

teile es, daß das, was Men-schen aus ihrem Glauben heraus wichtig und heilig ist, in dieser Weise durch den Dreck gezogen wird“, zitier-te die „Bild“-Zeitung vom 5. März den Berliner Erzbischof. „Das ist unanständig. Es gibt keinen Grund, sich et-was anzusehen, was nur der Provokation dient“, betonte **Woelki**.

Castellucci erklärte gegen den Kardinal, sein Theaterstück sei keine Kritik an der Kirche. Ihn interessierten deren Probleme nicht. „Der Wahnsinn ist eigentlich, daß einige Vertreter der Kirche denken, sie seien Inhaber des Bildes von Jesus. Der An-blick gehört aber allen, auch denjenigen, die nicht glau-ben“.

Bei Aufführungen dieses Theaterstücks gab es in den vergangenen Monaten bereits in Italien und Frank-reich Proteste. Die französi-schen Bischöfe reagierten unterschiedlich darauf. Während einige die Kundge-bungen unterstützten, äußerten sich andere zurückhal-tender. Die Provokationen gehen weiter

So unterschiedlich sind die Hartz-IV-Quoten*

Nationalität	Insgesamt in Deutschland	davon Hartz-IV-Empfänger	Anteil
Libanon	36 960	33 424	90 %
Irak	79 413	51 712	65 %
Afghanistan	48 752	25 853	53 %
Pakistan	28 578	13 813	48 %
Ghana	20 893	9 180	44 %
Arabische Republik Syrien	28 921	12 209	42 %
Islamische Republik Iran	52 132	21 327	41 %
Sri Lanka	27 505	11 209	41 %
Algerien	13 219	5 055	38 %
Marokko	64 842	22 205	34 %
Nigeria	17 903	6 074	34 %
Kasachstan	52 583	17 189	33 %
Ukraine	125 617	40 352	32 %
Russische Föderation	189 326	58 142	31 %
Tunesien	22 921	6 756	29 %
Vietnam	84 437	23 442	28 %
Türkei	165 083	43 709	26 %
Mazedonien	62 888	13 707	22 %
Serbien	164 942	25 857	16 %
Bosnien u. Herzegowina	154 565	21 721	14 %
Indien	45 638	5 841	13 %
Kosovo	84 043	10 044	12 %
Thailand	55 324	5 971	11 %
Kroatien	221 222	17 234	8 %
Serbien und Montenegro	122 897	9 371	8 %
Ausländer gesamt	6 694 776**	1 246 806	18,6 %
Zum Vergleich: Deutsche	74 671 338	5 629 878	7,5 %

*Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt; Auswahl von Nationalitäten mit hohem Anteil Hilfebedürftiger; * in Deutschland lebende Ausländer ohne deutschen Paß, die hier arbeiten dürf(t)en; ** gemäß Ausländerzentralregister; letzte verfügbare Daten.*

Tumulte in der Katholischen Akademie in Hamburg

Bei einer Podiumsdiskussion in der Katholischen Akademie in Hamburg über Syrien kam es am 5. März zu tumultartigen Szenen.

In dem Saal mit mehr als 200 Teilnehmern wurden die Redner immer wieder durch Zwischenrufe und Pfiffe unterbrochen. Syrische Zuhörer griffen die Referenten scharf an, darunter den Nahost-Experten **Udo Steinbach**, den syrisch-orthodoxen Erzbischof von Aleppo, **Mor Gregorios Yohanna Ibrahim**, sowie den Sprecher des Syrischen Nationalrates in Kairo, **Bassam Ishak**. Akademiedirektor **Stephan Loos** drohte einem Zuhörer, ihn des Saales zu verweisen. Auch auf dem Podium gingen die Wogen

der Erregung hoch. Die beiden syrischen Gäste griffen sich scharf an, wobei ein tiefer Dissens in der Beurteilung der Lage in ihrer Heimat deutlich wurde. Der Erzbischof von Aleppo verwies darauf, daß die Christen und andere Minderheiten von der Regierung Assad toleriert würden. „Wir werden nicht verfolgt“, sagte er. „Ich bezweifle, daß mir irgendjemand ein Beispiel für ein Land nennen kann, in dem eine größere religiöse Toleranz herrscht als in Syrien.“

Fragen über Fragen

Der Sprecher des Syrischen Nationalrates widersprach dieser Darstellung vehement. Die Christen in Syrien seien grausamer Verfolgung

ausgesetzt, so **Ishak**, „Sie werden vor allem ökonomisch unterdrückt und isoliert, zum Beispiel über den Zugang zu Land und zu Arbeitsplätzen.“

Der Menschenrechtsbeauftragte des Hilfswerkes missio, **Otmar Oehring**, verwies auf syrische Ängste vor einem Machtvakuum, das sich bestimmte Kräfte wie die Muslimbrüderschaft zunutze machen könnten. Im Irak hätten Kämpfer aus Afghanistan in dem Land für Unruhe und Chaos gesorgt hätte. „Dennoch ist es nicht akzeptabel, daß viele Kirchenleute, auch aus dem katholischen Bereich, das Regime von **Assad** loben und preisen“, sagte **Oehring**.

Steinbach betonte, daß in Syrien nur ein Teil der Ge-

sellschaft hinter der Revolte stehe. Die Befürchtungen seien groß, daß islamistische Kräfte die Macht ergreifen könnten. Die Muslimbrüder seien aber keine radikalen Islamisten.

Droht Bürgerkrieg?

Der Erzbischof von Aleppo betonte, daß die Christen in Syrien „voll und ganz alle friedlichen Demonstrationen und Proteste unterstützen und Reformen auf allen Ebenen verlangen“. Er verwahrte sich aber gegen jede Intervention von außen: „Wir brauchen keine Einmischung von irgendjemand.“ Der Geistliche warnte vor einem Bürgerkrieg: „Es wäre möglich, daß Syrien zum zweiten Libanon wird.“

Das Opfer eines verschwiegene Sexualdeliktes

„Der 13.“ versucht diesen Fall in die Öffentlichkeit zu bringen und die Schweigespirale zu brechen. Die deutsche Presse hat vermutlich nach §12.1 ihres Kodex einen Berichterstattungsboykott verhängt:

In der Berichterstattung über Straftaten wird die Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten nur dann erwähnt, wenn für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein begründbarer Sachbezug besteht. Besonders ist zu beachten, daß die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte.

Ein Mädchen (16 Jahre) wurde von drei Türken (17 und 19 Jahre alt) brutal

mißhandelt. Die beiden Haupttäter haben unter Aufsicht des anderen das Mädchen zuerst vergewaltigt. Als ihnen das nicht langte, benutzten sie eine Glasflasche, um weiter zu machen. Das Mädchen wurde ohne Bewußtsein und halb verblutet aufgefunden und durch eine Notoperation gerettet. Ihr Darm und ihre Gebärmutter werden für immer zerstört sein.

Der Bericht

Die gemeinsame Presseerklärung der Staatsanwaltschaft Mainz und des Polizeipräsidiums Mainz lautet: In der Nacht zum Donnerstag wurde ein 16jähriges Mädchen Opfer eines Sexualtäters. Gegen 23:30 Uhr

wurde der Polizei in Worms eine verletzte Frau im Parkhaus Friedrichstraße in Worms gemeldet.

Die eintreffenden Polizeibeamten fanden die 16jährige im Bereich des Treppenhauses unbekleidet vor. Sie wies starke Verletzungen im Genitalbereich auf und war nicht ansprechbar. Die junge Frau wurde sofort ins Krankenhaus gebracht und notoperiert. Nach aktueller Auskunft der behandelnden Ärzte besteht keine Lebensgefahr mehr, war bis Samstag aber noch nicht vernunftsfähig. Bei der 16jährigen handelt es sich um ein Mädchen aus Worms. Nach dem bisherigen Ergebnis der Ermittlungen richtet sich ein Tatverdacht gegen zwei 17-jährige und einen 19jährigen

Täter mit türkischem Migrationshintergrund, die sehr schnell ermittelt wurden. Gegen zwei von ihnen – die als Haupttäter angesehen werden – erging auf Antrag der Staatsanwaltschaft Mainz Haftbefehl. Bei dem dritten Tatverdächtigen, der nach derzeitigem Kenntnisstand an der Tat aktiv nicht beteiligt war, handelt es sich um einen Jugendlichen, der wieder auf freien Fuß gesetzt wurde. Alle drei haben sich zur Sache eingelassen. Die weiteren Ermittlungen, zu denen auch kriminaltechnische Untersuchungen zählen, dauern an.

Kriminaldirektion Mainz, Valenciaplatz 2, 55118 Mainz, Telefon: 06131/65-0
<http://www.polizei.rlp.de/internet/n...c-3f110b42f27b>

Ein Beispiel aus der Schweiz – aber ist es anderswo anders? Lesen Sie auch Seite 14

Unverschämte Medien werden immer unverschämter!

Wieder einmal war die Zeit reif für eine Medien-Konferenz. Wir hatten eine kantonale Initiative im Thurgau bereit zur Einreichung, die Beglaubigungen waren praktisch abgeschlossen. Nun galt es, mittels Medien-Konferenz, das mittels Medien den Bürgern des Kanton mitzuteilen – nebst Informationen über die Erfahrungen beim Sammeln von Tür zu Tür oder beim Sammeln auf der Straße.

Einfaches Begehren

Erwähnenswert ist die Tatsache, daß die Initiative einmalig ist und die amtlichen Stellen, sowie die Regierungsparteien diese Initiative am liebsten verbieten würden – von den Medien gar nicht zu reden. Das Volksbegehren verlangt ganz einfach, daß an den Thurgauer Volksschulen kein Religionsunterricht aus Koran, Hadiths oder Auszügen dieser „heiligen Bücher“ erteilt werden darf, weil diese Bücher der Verfassung, den Menschenrechten und der UNO-Charta diametral widersprechen und unsere Volksschule unserer Verfassung direkt verpflichtet ist.

Die Fotografin

Nun saßen wir vom Initiativ-Komitee und der Partei rechtzeitig in der Bornhauserstube in Weinfelden und harreten der Besucher. Da kam auch schon die Fotografin der Thurgauer Zeitung und begann während weit mehr als 70 Minuten

Fotos von den vier Vortragenden zu schießen. Einmal von unten, von oben, seitlich links, seitlich rechts mit Weitwinkel, mit Tele; mit und ohne Blitz. Unglaublich, wie die Dame loslegte. Wir nahmen an, daß mindestens 120 Fotos geschossen wurden, Sicher waren gute, aber auch schlechtere Bilder darunter. Wir aber haben gar nicht realisiert, was im Grunde abgelaufen ist. Als dann die Konferenz zu Ende war, meinte die Frau an der Kamera, wir müßten etwas zusammenrücken, denn sie bräuchte noch ein Gruppenfoto...

Das Föteli

Und tatsächlich, am nächsten Tage erschien ein fragwürdiger und fehlerhafter Bericht mit einem Foto der Vortragenden. Es war das Föteli, das die Dame am Schluß der Knipserei noch aufgenommen hatte mit dem Hinweis, wir müßten noch etwas zusammenrücken. Wo aber waren die vielen gemachten Fotos während der ganzen Medienkonferenz? Jetzt fiel es den Teilnehmern wie Schuppen von den Augen. Das Gruppenfoto hätte man problemlos mit einer Istatatik-Kamera machen können – wo aber waren die über 100 Fotos der fotowütigen Fotografin? Klar, sie sind im Register der besagten Zeitung, fein säuberlich gespeichert und jederzeit unter unseren Namen abrufbar. Sicher ist auch, ein Teil dieser Fotos zeigen mich und meine Freunde vielleicht in mehr

oder weniger fotogenen Posen. Will also die Redaktion jemand dreckig hinstellen, wird ein Foto ausgewählt, das diesen Zweck erfüllen kann. Der Betroffene hat keine Rechte, keinen Zugriff und keine Möglichkeit, Einsicht zu nehmen! So erscheint er vielleicht in der Zeitung mit geschlossenen Augen oder anderswie unvorteilhaft.

Und der Datenschutz?

Wie ist all dies mit Personen- und Datenschutz vereinbar? Immer wieder haben wir bei den Parlamentswahlen im Herbst 2011 in den National- und Ständerat erleben können, wie linke und marxistische Blätter einen NR Blocher mit Bildern der schlimmsten Art gebracht haben, ohne daß sich der Betroffene wehren konnte. Ist das auch das Vorgehen unserer einzigen, verbliebenen Monopolzeitung „Thurgauer Zeitung“ vom St. Galler Tagblatt-Ver-

bund? Wurden da an unserer Medienkonferenz „Vorarbeiten“ geleistet? Die besagte Initiative heißt nämlich „Gegen frauenfeindliche, rassistische und mörderische Lehrbücher“ und viele Zeitungsmacher und Medienleute fördern die Islamisierung der Schweiz, weil so unser Land durch Staaten im Staate sicher zerstört werden kann.

Die Gefahr ist groß

Das Komitee aber ist überzeugt, es reicht völlig aus, wenn die Muslime ihren Koranunterricht in den Moscheen und Gebetshäusern praktizieren können. Selbst dann sind die Gefahren für unser Land noch groß genug, denn je nach Imam und dessen Suren/Verse-Auswahl, kann es ernst für unsere Demokratie werden und gefährlich für unser Volk!

Willy Schmidhauser
CH-8505 Dettighofen,
www.sd-tg.ch
052 765 19 19

Sozial-Betrug

Weil er das Zürcher Sozialamt bloß um 200.000 Franken betrogen hat, muß ein Waffenhändler nicht ins Gefängnis. Das schrieb die „Weltwoche“ online.

Hält man sich an die Anklageschrift von Staatsanwältin **Sabine Tobler**, handelt es sich um einen der größten Fälle von Sozialbetrug, der in der Schweiz je registriert wurde. Zwischen 2001 und 2007 hatte der vierfache Familienvater und

Waffenhändler von der Arbeitslosenkasse und vom Sozialamt der Stadt Zürich 543 666 Franken Unterstützung kassiert, netto und steuerfrei. Im gleichen Zeitraum war der Mann am Verkauf von Waffen und Zubehör im Umfang von 2,8 Millionen Franken an die pakistanische Armee beteiligt, wobei ein Bruttogewinn von 1.814.472 Franken resultierte. Das Gericht verhängte eine symbolische Warnstrafe von zwei Jahren bedingt.

Anna Schäffer und Barbara Cope:

Heiligsprechnungen im Oktober 2012

Die aus Mindelstätten stammende deutsche Mystikerin **Anna Schäffer** (1882-1925) wird am 21. Oktober von Papst **Benedikt XVI.** auf dem Petersplatz im Vatikan heiliggesprochen. Am gleichen Tag gelangt auch die in Heppenheim geborene und in Hawaii gestorbene Lepra-Missionarin **Barbara Cope** (1838-1918) zur höchsten Ehre der Altäre. Das kündigte der Papst am 18. Februar zum Abschluß des Konsistoriums zur Ernennung neuer Kardinäle im Petersdom an.

Sieben neue Heilige

An das Konsistorium zur Kreierung von 22 neuen Purpurträgern schloß **Benedikt XVI.** in der Vatikan-Basilika ein weiteres Ordentliches Öffentliches Konsistorium

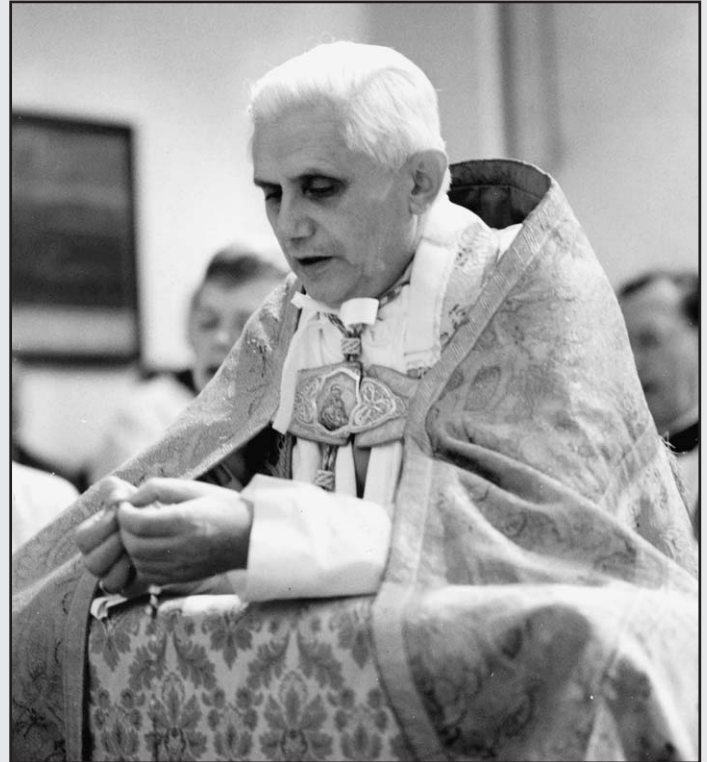
an, mit dem er das Heiligsprechungsverfahren von sieben Seligen beendete.

Heilige Indianerin

Unter ihnen ist auch die kanadische Indianerin **Caterian Tekakwitha** (1656-80), die er ebenfalls am 21. Oktober heiliggesprochen wird.

Dann werden auch der französische Jesuiten-Märtyrer **Jakob Berthieu**, der 1896 auf Madagaskar ermordet wurde, sowie der philippinische Laien-Katechet und Märtyrer **Pedro Calungsod** (1654-72) kirchlich geehrt.

Weitere Kandidaten sind der italienische Priester und Ordensgründer **Giovanni Battista Piamarta** (1841-1913) und die spanische Ordensfrau **Maria del Monte Carmelo** (1848-1911).



Gebetsmeinung für April 2012

1. *Allgemeine Gebetsmeinung:* Daß viele junge Menschen dem Ruf des HERRN zum Priester- und Ordensleben folgen.
2. *Missionsgebetsmeinung:* Daß der auferstandenen CHRISTUS Zeichen der sicheren Hoffnung für Männer und Frauen in Afrika ist.

Die Kurzbiografien der neuen Heiligen

Die am 23. Jänner 1838 in Heppenheim geborene Maria **Anna Cope** hatte auf der zu Hawaii zählenden Insel Molokai – wo sie 1918 schließlich auch starb – 35 Jahre lang Lepra-Kranke gepflegt. Die als Kind deutscher Auswanderer in New York aufgewachsene Schwester vom Dritten Orden des Heiligen Franziskus war unter dem Namen „Mother Marianne of Molokai“ bekannt. **Cope** wurde im April 2005 seliggesprochen.

Anna Schäffer wurde 1882 im bayerischen Mindelstätten geboren. Sie war mehr als zwanzig Jahre lang schwer krank und litt an star-

ken Schmerzen. Seit 1910 stellten sich an ihrem Körper Wundmale ein, die den Wundmalen CHRISTI glichen. Sie starb 1925. **Schäffer** wurde 1999 seliggesprochen.

Der philippinischer Katechet, Laie und Märtyrer **Pedro Calungsod** (1654-1672) wurde im Jahr 2000 durch **Johannes Paul II.** seliggesprochen. Auf Cebu geboren, wurde Calungsod auf Guam, einer Insel im Archipel der Marianen, getötet.

Kateri Tekakwitha (1656-1680), nordamerikanische Indianerin aus den Gebieten der heutigen USA und Kanada, wurde als „Lilie der Mohawk“ bekannt.

Sie starb drei Jahre nach ihrer Taufe und wurde 1980 von **Johannes Paul II.** seliggesprochen. **Kateri Tekakwitha** wird vor allem im Heiligtum von Kahnawake bei Montreal verehrt, wo ihre sterblichen Überreste beige-
setzt wurden.

Die spanische Ordensfrau **Maria vom Berge Karmel** (1848-1911) hieß mit bürgerlichem Namen **Maria Carmela Sallés y Barangueras**. Sie ist die Gründerin der Kongregation „Missions-schwester von der Unbefleckten Empfängnis“, die sich der Ausbildung von Frauen widmete. Sie wurde 1998 von Papst **Johannes**

Paul II. seliggesprochen.

Der italienische Priester **Giovanni Battista Piamarta** (1841-1913), gründete die „Kongregation der Heiligen Familie von Nazareth“ und die „Kongregation der Demütigen Mägde des Herrn“. Er wurde 1997 von **Johannes Paul II.** seliggesprochen.

Jacques Berthieu, Priester und Jesuit, wurde 1838 in Polminhac in Frankreich geboren. Er wirkte mehr als 20 Jahre als Missionar in Madagaskar, wo er 1896 bei einem Aufstand der Einheimischen gegen die Weißen ermordet wurde. **Berthieu** wurde 1965 von Papst **Paul VI.** seliggesprochen.

Gegen Koranunterricht an der Thurgauer Volksschule

Am Mittwoch, 29. Februar 2012 informierte das Komitee die Medien über seine Initiative „Gegen frauenfeindliche, rassistische und mörderische Lehrbücher“.

Sie ist in nur drei Monaten mit 4500 gültigen Unterschriften zustande gekommen. Sie wird, wenn das Volk zustimmt, verhindern, daß Imane (islamische Geistliche) an den Thurgauer Volksschulen Koranunterricht erteilen.

Die Initiative

Werner Bätcher zeigte auf, wie es zur Initiative kam. In Kreuzlingen läuft ein Schulversuch. Da erteilen Imane an der Volksschule den muslimischen Kindern Koranunterricht. Nun soll das Thurgauer Migrationsamt weitere Imane rekrutieren, welche dann zuerst Deutsch lernen sollen. Danach sollen sie von Schulgemeinden angestellt und besoldet werden und muslimischen Kindern in deutscher Sprache Koranunterricht erteilen.

Freidenker gegen Basilika

Gegen den Entscheid der Stadt Genf, die Renovation der Basilika Notre-Dame mit 400.000 Franken zu unterstützen, regt sich Widerstand. Ein Kollektiv um die Freidenker-Bewegung hat eine Klage bei der für die Kontrolle der Genfer Gemeinden zuständigen Stelle eingereicht und verlangt die Annullierung des Entscheids des Gemeinderates.

Gesetz und Verfassung sollen respektiert werden, for-

teilen. Das soll die Integration fördern.

Als das bekannt wurde, sagte viele Thurgauer: „Das geht zu weit. Das wollen wir nicht!“ Sie taten sich zusammen. Gegen Koranunterricht in Moscheen kann man nichts machen, da gilt Religionsfreiheit. Aber an den Volksschulen gilt unser Gesetz. Der Paragraph 3 sagt: „Der Kanton legt unter Anhörung der Schulgemeinden für die Volksschule Qualitätsanforderungen fest, überprüft deren Erfüllung und kann zur Behebung von Mängeln Weisungen erteilen“. Er soll so ergänzt werden: „Lehrbücher, auch im religiösen Bereiche, dürfen weder frauenfeindlich, rassistisch noch mörderisch sein.“

Verstoß

Karl Ita zeigte auf, wie Koran und Hadith gegen unsere Verfassung verstoßen, welche die Gleichberechtigung der Geschlechter postuliert. „Männer sollen vor Frauen bevorzugt werden,...

derte der linke Genfer Gemeinderat **Pierre Gauthier** von der Freidenker-Vereinigung als Sprecher des Kollektivs. Gegenüber der Presseagentur Kipa äußerte sich der Präsident der „Fondation de la Basilique Notre-Dame“, **Jean-Michel Raviglione**, erstaunt über die Entwicklung. Der Kanton, die Stadt Genf und zahlreiche Stiftungen hätten ihre Zusage zur Restaurierung bereits gegeben.

Das Gebet eines Mannes wird durch das Vorbeilaufen... einer Frau zunichte gemacht“ (Am Freitagsgebet nehmen nur Männer teil). Diese und weitere Koranstellen seien ganz klar frauenfeindlich. Belege für Rassismus fänden sich ebenfalls zuhauf in Koran und Hadith, wie zum Beispiel „Die Menschen sind drei Sorten: Gelehrter, Lernender und Abschaum. Wir Imane sind die Gelehrten, unsere Anhänger sind die Lernenden und die restlichen Menschen sind Abschaum“ (Hadith Band 5). Mörderisch ist der Koran ganz offensichtlich. Denn in 67 von 114 Suren ruft er dazu auf, gegen Nicht-Muslime zu kämpfen. Sure 8. Vers 40 sagt. „Kämpft mit der Waffe gegen die Nicht-Muslime... bis der Islam überall verbreitet ist...“ Der Koran verstosse – so schloß **Ita** – damit auch klar gegen die Menschenrechte und die UNO-Charta.

Christenverfolgungen

Mirza, ein assyrischer Christ aus der Türkei, schilderte die Verfolgung aus eigenem Erleben. In seinem Heimatdorf gab es bis 1885 nur Christen, 1950 war schon die halbe Bevölkerung muslimisch. 1984 belagerten die Muslime aus den Nachbardörfern das Dorf und töteten viele assyrische Christen, darunter auch einige Familienangehörige von **Mirza**. Als nach vier Tagen die Armee eingriff, durften die Überlebenden abziehen und von ihrem Besitz mitnehmen, was sie gerade tragen konnten. Früher lebte

eine Million assyrischer Christen in der Türkei, heute nur noch einige tausend. Und rund vierhunderttausend sind als Flüchtlinge in ganz Europa zerstreut. Jedes Jahr werden allein in Afrika 40.000 Christen umgebracht, gemäß UNO-Angaben.

Viel Beachtung

Willy Schmidhauser fasste zusammen, was für ein Echo die Initiative beim Volk fand. Beim Sammeln der Unterschriften habe man häufig folgende Vorwürfe gehört: Unsere Politiker verraten die Christen. Staaten, in denen Christen verfolgt werden, erhalten von der Schweiz Entwicklungshilfe. Die Medien klären nicht richtig auf. Die Regierung führt heimlich Dinge ein, die das Volk nicht will. Obwohl wir in der UNO sind, macht niemand Druck auf Länder, in denen Christen verfolgt werden. Die christlichen Kirchen reden von „gemäßigten“ Muslimen, verharmlosen die Tatsachen. „Es gibt keinen moderaten oder nicht-moderaten Islam. Islam ist Islam und damit hat es sich“, sagte **Erdogan**, der türkische Ministerpräsident (21.8.2007, TV Kanal D). Der als gemäßigt und tolerant geltende Iman von London, **Scheich Omar Bakri Mohammed** sagte: „Wir machen keinen Unterschied zwischen Zivilisten und Nicht-Zivilisten, zwischen Schuldigen und Unschuldigen- nur zwischen Moslems und Ungläubigen. Das Leben eines Ungläubigen ist wertlos“ (sda-Meldung von 29. Mai 2004). **h.s.**

Luzern zieht Theologinnen an

Das Studium der katholischen Theologie in Luzern ist bei angehenden Theologinnen beliebt. Zwischen 1990 und 2010 hat sich die Anzahl Studentinnen verdreifacht, die Anzahl Studenten aber leicht abgenommen.

So studierten 1990 an der Universität Luzern 134 Männer und 56 Frauen. Etwa im

Jahr 2004 waren die Geschlechter paritätisch vertreten, danach überholten die Frauen die Männer. 2010 studierten 164 Frauen und 113 Männer Theologie in Luzern.

Ganz anders sieht die Situation in der gesamten Deutschschweiz aus. Hier studierten im Jahr 2010 mit

452 immer noch praktisch gleich viele Frauen wie vor 20 Jahren, als es 466 waren. Bei den Männern hat die Anzahl in der gleichen Zeitspanne von 940 auf 539 deutlich abgenommen.

Umgang mit Kirchenaustritten im Bistum Chur vereinheitlicht

Das Bistum Chur vereinheitlicht den Umgang mit Austritten aus Kirchgemeinden und kantonalen Körperschaften. Per 1. Januar sind entsprechende Leitlinien in Kraft gesetzt worden, heißt es in einem gemeinsamen Communiqué des Bistums und der Biberbrunner Konferenz, der Vereinigung der Kantonalkirchen der Diözese Chur.

Ziel ist „eine einheitliche und gemeinsame Handhabung der Austrittserklärung

und einen pastoral verantwortbaren Umgang mit Ausgetretenen“. Die Leitlinien enthalten auch Bestimmungen zum Umgang mit Ausgetretenen, die punktuell seelsorgliche oder kirchliche Dienste in Anspruch nehmen oder wünschen. Es wird davon abgeraten, Tarife für seelsorgliche Einsätze festzulegen. Je nach finanzieller Lage der Person, soll man dieser aber nahe legen, einen finanziellen Beitrag zu leisten.

Islamverein in Spreitenbach ist von vielen nicht erwünscht

Nach dem zürcherischen Bülach stellt sich nun auch das aargauische Spreitenbach quer, was die Durchführung der Veranstaltung „Islam Unity 2012“ des Vereins „Islamischer Zentralrat der Schweiz“ (IZRS) betrifft. Dieser wollte dort eine Zeltstadt mieten, um sein Treffen zu veranstalten. Der Spreitenbacher Gemeinderat hat den Mietvertrag mit der Event-Firma „Go-Productions“ für die „Islam Unity 2012“ als ungültig erklärt. Der fundamentalistische Verein verfüge nicht über die

nötige Sondererlaubnis für eine Grossveranstaltung ab 1.000 Personen.

Der Gemeinderat Spreitenbach erklärte in einer Medienmitteilung: „Auf dem Mietgesuch wurde als Art des Anlasses ein Privatanlaß der IMS Zürich angegeben. Es hat sich nun herausgestellt, daß diese Angabe falsch ist und eine Glaubensgemeinschaft eine Grossveranstaltung in Spreitenbach geplant hatte.“ Durch die Vorgabe falscher Daten habe man Spreitenbach absichtlich täuschen wollen.

IN MEMORIAM

*Der ehemalige Abt von Einsiedeln, **Georg (Karl) Holzherr**, ist am 27. Februar im 86. Jahr seines Lebens und im 63. seiner Ordensprofess gestorben. Er verstarb im Spital Altdorf UR. Während 32 Jahren und bis zu seinem altersbedingten Rücktritt im Jahr 2001 stand **Georg Holzherr** dem Benediktinerkloster Einsiedeln als Abt vor. Seither war der Vorgänger von „Twitter-Abt“ **Martin Werlen** Spiritual im Benediktinerinnenkloster St. Lazarus in Seedorf UR.*

Buddha-Zentrum

In Niederwangen BE soll ein buddhistisches Kurs- und Begegnungszentrum entstehen. Die Stiftung Landguet Ried will das ehemalige Schulheim umbauen. Das Zentrum soll im Juli eröffnet werden.



Felix Gmür
Bischof von Basel
Evêque de Bâle

Herrn
Willy Schmidhauser
Untere Bündt 5
8505 Dettighofen

Solothurn, 6. Februar 2012

Diverse Briefe

Sehr geehrter Herr Schmidhauser

Ihre verschiedenen Briefe, v.a. zum Thema des Islam in der Schweiz und zu den Moslems im allgemeinen, habe ich erhalten und zur Kenntnis genommen.

Mit Herrn Diakon Matthias Loretan haben Sie grosse Probleme. Trotzdem geht es nicht an, seine Person derart grobschlächtig zu verunglimpfen, wie Sie es in Ihren Schreiben tun, und sich sogar zu der Behauptung zu versteigen, er sei eigentlich gar kein Christ, sondern Moslem.

Weil wir in dieser Sache bereits einmal telefoniert haben, werde ich dazu nichts mehr schreiben.

Mit freundlichen Grüssen

+ Felix Gmür

Bischof von Basel

Dr. Felix Gmür, Bischof von Basel, Baselstrasse 58, CH-4501 Solothurn; sekretariat.bischof@bistum-basel.ch

Der Bischof ist also mit dem Diakon Loretan gleicher Meinung in Sachen Koran und Islam. Loretan muss auf Mitte Jahr die Pfarrei Kreuzlingen verlassen und der Bischof hat ihn der Nachbargemeinde empfohlen und diese nimmt ihn mit Handkuß und die ganzen Manipulationen fangen von vorne an... Das meint Briefempfänger Willy Schmidhauser zu diesem Brief von Bischof Felix Gmür.

Verhandlungen um Caritas-Kollektivvertrag beendet

Bezüge steigen um 3,4 Prozent

Caritas und Gewerkschaft haben sich nach mehreren ergebnislosen Verhandlungsrunden am 22. Februar auf einen Gehaltsabschluß für die Caritas-Mitarbeiter geeinigt.

Rückwirkend ab 1. Februar werden die Bezüge um 3,4 Prozent erhöht, teilte die Caritas Österreich mit. Der KV-Abschluß liegt damit auf gleicher Ebene wie jener der

Berufsvereinigung von Arbeitgebern für Gesundheits- und Sozialberufe (BAGS), die sich zu Wochenbeginn ebenfalls auf eine Erhöhung von 3,4 Prozent verständigt hatten.

Der Vorsitzende des Caritas-Kollektivvertragsvereins, **Gerhard Reischl**, sprach nach der Einigung von einem „für alle Seiten annehmbaren Abschluß“ nach „äußerst schwierigen

und zähen Verhandlungen“. Bereits vor einigen Wochen hatten die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter der Caritas eine verbesserte Anrechnung der Elternkarenz und eine Extraerhöhung für Fachsozialbetreuer vereinbart. Der Caritas-Kollektivvertrag gilt für Mitarbeiter der Caritasverbände in österreichischen Diözesen mit Ausnahme jener in Feldkirch und Innsbruck.

Ein Treffen

Der Dalai Lama wird bei seinem für Mai geplanten Österreich-Besuch auch mit Erzbischof Alois Kothgasser zusammentreffen. Der katholische Erzbischof und das geistliche Oberhaupt der Tibeter werden am Nachmittag des 21. Mai in der Salzburgarena bei einer interreligiösen Dialogveranstaltung unter dem Titel „Harmonie in der Vielfalt“ sprechen.

Ausgetretene können kirchlich begraben werden

Aus der katholischen Kirche Ausgetretene in Österreich können kirchlich begraben werden, wenn die Angehörigen darum bitten und es dem Willen des Verstorbenen entspricht.

Das geht aus neuen „Richtlinien für das Begräbnis von Verstorbenen hervor, die aus der römisch-katholischen Kirche ausgetreten sind“. Sie

sind im aktuellen Amtsblatt der Österreichischen Bischofskonferenz veröffentlicht und enthalten Kriterien für eine Entscheidung des Pfarrers im Einzelfall.

Ein „ortsübliches kirchliches Begräbnis“ ist bei einem Ausgetretenen möglich, wenn der „Wunsch nach Wiederaufnahme“ in die Kirche im Testament oder vor Zeugen glaubhaft zum Aus-

druck gebracht oder „ein Zeichen der Kirchenzugehörigkeit“ gesetzt wurde. Hat der Ausgetretene im Hinblick auf das eigene Begräbnis „das Mitwirken der Kirche nicht ausdrücklich ausgeschlossen“, dann kann „eine Feier der Verabschiedung“ gehalten werden. Vorgesehen dafür ist eine kirchliche Begräbnisfeier in der Aufbruchshalle und am

Grab, jedoch keine eigene Meßfeier. Wenn jemand klar zu erkennen gegeben hat, „kein kirchliches Begräbnis zu wünschen, oder sich ausdrücklich vom christlichen Glauben losgesagt hat, dann ist das zu respektieren“. In solchen Fällen könne der Seelsorger die Angehörigen hinter dem Sarg und ohne liturgische Gewänder begleiten, „um mit ihnen zu beten“.

„Pro Life“-Krankenkasse sorgt für Wirbel

Schweizer und Deutsche haben ja das Glück, sich – im Gegensatz zu den Österreichern – ihre Krankenkasse aussuchen zu können. Also auch eine, die kein Geld für die Tötung kleiner Babys ausgeben will.

Der Verein PRO LIFE in Bern bietet seit über 20 Jahren in der Schweiz sehr erfolgreich ein Krankenversicherungsmodell ohne Kindesabtreibung an und zählt über 50.000 Versicherte (s. VzL 1/10). PRO LIFE hat diese Versicherungslösung

vor drei Jahren auch nach Deutschland gebracht, die Wiesbadner Betriebskrankenkasse zählt mittlerweile 16.000 Versicherte.

Über soviel politische Unkorrektheit staunte der ORF am 14. Februar 2012: Deutsche Krankenkasse sorgt für Wirbel. „Eine deutsche Krankenkasse macht mit einem Angebot Werbung, das laut dem Nachrichtenmagazin „Spiegel“ einmalig in Deutschland ist: Kunden der Betriebskrankenkasse für Industrie, Handel und Versicherungen (BKK IHV) be-

kommen eine Prämie von 300 Euro für jedes Neugeborene. Dazu müssen sie allerdings erst Mitglied bei der Abtreibungsgegnerorganisation ProLife werden und sich durch ihre Unterschrift verpflichten, nicht abzutreiben. ProLife gilt als eine der einflussreichsten Vereinigungen von Abtreibungsgegnern in Europa.“

Weiter steht in der Meldung, der Aufsichtsbehörde der Krankenkassen, dem deutschen Bundesversicherungsamt (BVA), seien die Hände gebunden, denn über

einen privatrechtlichen Verein wie ProLife habe man kein Aufsichtsrecht. Daher versucht man mit Mobbing, eine Ausweitung des „Lebensschützervirus“ unter den Krankenkassen zu verhindern: Keine „wie auch immer geartete Zusammenarbeit sowohl mit der BKK IHV als auch mit ProLife“ und Androhung von „politischem Schaden“. Wo kommt man denn da hin, wenn nicht alle „Kranken-Kassen“ mit den Abtreibungswölfen heulen? **Dipl.-Ing Andreas Kirchmair**

Wird man in Rom über die Gläubigen „drüberfahren“?

Berufung gegen Kirchenschenkung

Der Streit um die Schenkung der Wiener Pfarrkirche Neulerchenfeld an die serbisch-orthodoxe Gemeinde geht in die nächste Instanz.

Wie die Austria Presse Agentur (APA) am 27. Februar berichtete, hat der Neulerchenfelder Pfarrer, **Tadeusz Cichon**, bei der „Apostolischen Signatur“ – dem höchsten Gericht im Vatikan – Berufung gegen den Entscheid der Kleruskongregation eingelegt, wonach die Übertragung der Kirche und die Zusammenführung der Neulerchenfelder Pfarre mit der Pfarre Maria Namen rechtens sei.

Die Kleruskongregation hatte mit ihrem Entscheid vom November bereits auf einen ersten Rekurs von Pfarrer **Cichon** reagiert, der sich gegen die von der Erzdiözese Wien und Kardinal

Schönborn beabsichtigte Schenkung zur Wehr setzen wollte.

„Der 13.“ brichtete über den Fall ausführlich. Der Wiener Erzbischof will eine sehr gut besuchte Kirche herschenken. Die Gläubigen wehren sich.

Prinzipiell korrekt?

Gelassen reagiert man in der Erzdiözese Wien auf die erneute Beschwerde im Vatikan. „Wir nehmen nicht an, daß die Beschwerde durchgeht“, zitierte die APA den Sprecher der Erzdiözese Wien. Außerdem nehme die Apostolische Signatur keine inhaltliche Neubewertung der Schenkung vor sondern kläre nur, ob die Kleruskongregation prinzipiell korrekt gehandelt habe und der erste Rekurs des Pfarrers damit rechtmäßig abgelehnt

worden sei, so die Erzdiözese Wien. Man ist also überzeugt, daß man auch in Rom über die Anliegen der Gläubigen „drüberfährt“. Der Kardinal wird es in Rom „richten“, wie man auf gut wienerisch sagt.

Am Vorhaben der Schenkung habe sich auch nach der jetzigen Beschwerde „nichts geändert“, meint die Diözese. Ursprünglich war die Zusammenlegung mit der in unmittelbarer Nachbarschaft gelegenen Pfarre Maria Namen ab 30. Juni 2011 geplant gewesen. Kardinal **Christoph Schönborn** hatte seine Entscheidung unter anderem damit begründet, daß es in Wien 172 Pfarrkirchen für rund 750.000 Katholiken gibt – zugleich jedoch nur drei Gotteshäuser für die 150.000 serbisch-orthodoxe Christen in Wien und Umgebung.

Neues Profil als Brückenbauer

Wirtschaftlich und personell nach den Turbulenzen der vergangenen Jahre einigermaßen konsolidiert will sich das Waldviertler Prämonstratenserstift Geras verstärkt als „Brückenbauer“ zwischen Ost und West positionieren. Das hat Abt **Michael Prohazka** im Gespräch mit „Kathpress“ unterstrichen. Mit der Errichtung einer byzantinischen Kapelle „Zur Heiligen Auferstehung Christi und zum Seligen **Jakob Kern**“ wurde auf Initiative **Prohazkas** – damals noch Prior – schon 2005 begonnen. Die Ikono- stase der byzantinischen Kapelle wurde im Jänner

2010 vom melkitisch-katholischen Patriarchen **Gregorios III. Laham** geweiht.

Nachdem Ende 2003 bekannt worden war, daß das Stift Geras auf einem großen Schuldenberg sitzt, und nach Konflikten innerhalb der Klostergemeinschaft trat der damalige Abt **Joachim Angerer** zu seinem 70. Geburtstag von seinem Amt zurück. Abt **Martin Felhofer** von Stift Schlägl wurde zum Administrator ernannt, Erzabt **Edmund Wagenhofer** von der Erzabtei St. Peter zum päpstlichen Visitor. 2007 wählten die Geraser Chorherren schließlich **Prohazka** zum neuen Abt. Dieser konn-

te 2008 gemeinsam mit **Felhofer** und **Wagenhofer** die Entschuldung des Stifts bekanntgeben.

Freilich, so **Prohazka**, könne man bis auf weiteres nur „kleine Brötchen“ backen. Die wirtschaftliche Substanz des Stiftes sei gering, die Hoffnung auf mehr Tourismus nach dem Fall des Eisernen Vorhangs habe sich nur zum Teil erfüllt. Das Stift gehöre dringend saniert, Sorgen bereite den Chorherren auch die Erhaltung des zum Stift gehörenden Klosters Pernegg. Insgesamt umfaßt die Gemeinschaft der Chorherren von Stift Geras 24 Personen.

PERSONALIA

*Der Wiener Weihbischof **Stephan Turnovszky** wird ab 1. September das Amt des Bischofsvikars für das „Vikariat unter dem Manhartsberg“ – auch „Vikariat Nord“ genannt – übernehmen.*

*Der neue Präsident der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde (IKG), **Oskar Deutsch**, will seine Gemeinde noch stärker für Kontakte zu Nicht-Juden öffnen und die Einheit innerhalb der jüdischen Gemeinde bewahren. „Wir sind ein Teil von Österreich“, betonte **Deutsch** bei der Pressekonferenz zur Vorstellung des neuen IKG-Präsidiums. Für den 13. Mai kündigte **Deutsch** einen „Tag der offenen Tür“ im Wiener Stadttempel an.*

*Der Ungenacher Pfarrer **Josef Friedl** geht in Pension. Der 68jährige hat aus gesundheitlichen Gründen um Entpflichtung als Pfarrer in Ungenach und Pfarrmoderator von Zell am Pettenfirst gebeten und wird mit 15. März in den dauernden Ruhestand versetzt.*

*Der Generalvikar der Diözese Graz-Seckau, **Helmut Burkard**, wurde mit 1. März 2012 Bischofsvikar für Priesterseelsorge.*

*Der Weihbischof des Bistums Chur, **Marian Eleganti**, wurde kürzlich in Salzburg als ordentliches Mitglied der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste (EASA) aufgenommen.*

Theologe will katholische „Presbyter“

Gegen Großpfarreien mit weiten Wegen für die Gläubigen hat sich der Wiener Pastoraltheologe Paul M. Zulehner ausgesprochen.

Angesichts des Priester-mangels forderte er am 1. März in München neue Lösungen, um die ortsnahe Feier der Eucharistie auch künftig zu gewährleisten. Dazu schlug er die Ausbildung von männlichen und weiblichen

Presbytern vor. Presbyter hießen (laut Lexikon) die ur-christlichen Gemeinde- und Kultvorsteher.

Beispielsweise könnten aus einer Gemeinde drei Personen dem Bischof vorge-schlagen werden, um ihnen eine berufsbegleitende Aus-bildung zu „Presbytern“ zu ermöglichen. Auf Probe soll-ten sie dann ihren Dienst in der Pfarrei leisten. **Zulehner** sprach ausdrücklich nicht

von „viri probati“ (bewähr-ten Männern), sondern von „personae probati“ (bewähr-ten Personen). Der Theolo-ge betonte: „Wir haben nicht einen Priestermangel, son-dern einen Weihemangel.“

Kommentar: Offensicht-lich will **Zulehner** keine Priesterseminare mehr, son-dern einfach „Presbyter“ auf Vorschlag der Pfarre. Lesen Sie dazu den Beitrag unten auf dieser Seite!

Initiative für Märtyrer-Gedenktag

Einen neuen kirchlichen Gedenktag für „Märtyrer un-serer Zeit“ möchte der Grün-der der „Initiative Christli-cher Orient“ (ICO), Prof. **Hans Hollerweger**, einfüh-ren. Damit soll das Bewußt-sein gestärkt werden, daß weltweit unzählige Christen immer noch wegen ihres Glaubens verfolgt und zum Teil auch getötet werden.

Revolutionäre Erinnerungen

*Bei der Eröffnung einer Ausstellung (lesen Sie Sei-te 21) im Wiener Dommuseum ließ sich der Wiener Kardinal zu einer Schönre-derei für den Bildhauer **Alfred Hrdlicka** hinreißen. Er suchte ihn als Christen oder vielleicht sogar als Katholiken zu vereinnah-men. Damit ich nicht miß-verstanden werde: auch ich schätze den Verstorbenen*

*als herausragenden Künst-ler. Er verstand sein Hand-werk wie heute wenige. Auch ich glaube, daß hinter der Fassade des politisch sehr aggressiven, verletzenden Kommunisten/Stalinisten ein einfühlsamer Mensch stand. Warum aber provo-zierte der Kardinal (noch zu Lebzeiten **Hrdlickas**) mit ei-ner Grafik des Künstlers, die er im Dommuseum aufhän-*

gen ließ und die Christus im Kreis von schwulen Aposteln zeigt?

*Die Restituta-Büste, die jetzt versteckt im Stephans-dom hängt, ist eine schlech-te Arbeit **Hrdlickas**. Man hat den Eindruck, eine Ver-dammte würde in die Hölle fahren. Die Namen der Stras-senbahner, die von den NS-Henkern mit **Restituta** hin-gerichtet wurden, gravierte*

der Künstler in die Brust der Märtyrerin. Der Kar-dinal begründete dies da-mit, daß sie den Kommuni-sten sehr verbunden gewe-sen sei. Anderen Menschen und Mitgefangenen nicht? Je älter der Kardinal wird, umso mehr scheint er sich an die revolutionären Zei-ten mit den Gefährten der Jugendzeit zu erinnern.

Friedrich Engelmann

Weil eine katholische Pfarre den Pfarrer selbst sucht:

Ein ungewöhnlicher Bewerber

Ende Februar erschien in den „Oberösterreichischen Nachrichten“ ein Inserat, mit dem die rö-misch-katholische Pfarre Taufkirchen an der Pram (Bezirk Schärding) einen Pfarrer sucht.

Die ungewöhnliche Anzei-ge fand auch das Interesse anderer Medien: die „Kro-nen-Zeitung“ berichtete, daß eine private eigene Initia-tive einen Seelsorger suche. Mit dem Inserat solle ein Priester ins Innviertel ge-lockt werden. In der unge-wöhnlichen Stellenanzeige

wurde vor allem die gute fi-nanzielle Ausstattung durch die Pfarre hervorgehoben.

Aufgegeben hatte das In-serat der 48jährige **Chri-stoph Crepaz**, ein gebürtiger Tiroler, der als Bauleiter bei einer Firma in Taufkirchen arbeitet. Das Inserat kostete (inklusive aller Abgaben) rund 2000 Euro. Das Geld soll in der Hauptsache durch Spenden hereinkommen.

Als einer der Bewerber für die freie Stelle zeigt sich **Friedrich Engelmann**, der Herausgeber des 13. interes-siert. Er ist nicht Priester,

aber überzeugt, wenn kein Priester gefunden wird, die Aufgabe gut bewältigen zu können. **Friedrich Engel-mann** war nämlich zehn Jah-re lang gewählter Funktionär der Katholischen Aktion der Diözese Linz. Er kennt viele Priester, die sofort bereit sind und sich freuen würden, in Taufkirchen die heilige Mes-se feiern zu dürfen. – Das ungewöhnliche Interesse für die ungewöhnliche Anzeige wurde im gesamten deut-schen Sprachraum registriert und kommentiert. Will die Diözese **Engelmann** haben?

PERSONALIA

*Die Erwachsenenbild-nerin **Erika Schuster** ist zur Dame des päpstlichen Silvesterordens ernannt worden. Die aus Krems stammende Germanistin **Erika Schuster** (72) fun-gierte ab 2002 zwei Peri-oden lang als Präsidentin der Europäischen Föde-ration für katholische Er-wachsenenbildung (FEE-CA) und war langjährige Präsidentin der Bundes-arbeitsgemeinschaft Ka-tholischer Erwachsenen-bildung (BAKEB) in Österreich.*

Der Papst wurde von Bischof Küng falsch informiert. Der Mißstand der „ergebnisoffenen“ Beratung durch die „Aktion Leben“ in den kirchlichen Pastoral-Ämtern besteht weiter.

Hier mein Bericht von einem Besuch bei Prälat **Georg Ratzinger** am 16. Februar 2012: Gegen elf Uhr traf ich wieder in Regensburg vor dem Haus des Papst-Bruders Prälat Dr. **Georg Ratzinger** in der Luzengasse 2 ein. Frau **Heindl** öffnete wieder die Türe und führte mich in das Wohnzimmer. Ich begann, ziemlich angespannt, Rosenkranz zu beten, damit dieser Besuch gut abläuft.

Die vergessene Brille

Bald kam Prälat **Ratzinger** auf seinen Krücken und fragte mich, ob ich letztes Mal meine Brille vergessen habe? Ich konnte mich nicht daran erinnern, sie vergessen zu haben, doch es war tatsächlich eine meiner Reserve-Brillen.

Er wies mir dann wieder den Platz neben sich am runden Tisch zu, der in der Mitte des Wohn- und Repräsentations-Zimmers steht und ich leitete das Gespräch ein, indem ich auf das Telefongespräch vom Vortag hinwies, in welchem der Papst auf ein Gespräch mit Bischof **Küng** Bezug nimmt, der ihm eine Bereinigung der „Mißstände“ berichtete. Auch möchte sich der Papst-Bruder selbst von dieser Diskussion fernhalten.

Prälat **Ratzinger** wiederholte nun im Gespräch noch einmal, was ihm der Heilige Vater mitgeteilt hat, nämlich daß Bischof **Küng** dem

Ein Besuch in Regensburg

VON DR. J. PREßLMAYER

Papst berichtete, daß diese Mißstände behoben wären.

Ich widersprach

Ich widersprach natürlich dieser unrichtigen Darstellung und betonte noch einmal, daß die „Aktion Leben“ für die „Fristenlösung“ und gegen die Änderung dieses Gesetzes auftritt. Ich zählte noch einmal auf, was die „Fristenlösung“ in Österreich bedeutet, nämlich die straffreie vorgeburtliche Tötung des ungeborenen Kindes bis zur 14. Lebenswoche, denn es heißt im Gesetz, daß die Abtreibung während der ersten drei Monate der Schwangerschaft straffrei ist, das sind 13 Wochen, zu denen noch die Tage der Nidation, fast eine Woche, dazu kommen. Außerdem ist im Rahmen der „Fristenlösung“ die Tötung des Kindes bis zur Geburt in den Fällen der „Eugenischen Indikation“, die im Sinne der NS-Ideologie die Euthanasie weiterführt, wie auch der „Medizinischen“- und „Unmündigkeits“-Indikation, die Mütter bis zum 14. Lebensjahr betrifft, möglich.

Was ich ergänzte

Ich ergänzte auch, daß die „Aktion Leben“ das „Post-Abortion“-Syndrom leugnet. Sie bezeichnet diese psychischen Nachwirkungen der Abtreibung als „Erfindung

radikaler Gruppen“, obwohl in der „Dokumentierten Patientenaufklärung“, die in Deutschland vor jedem Eingriff unterschrieben werden muß, vor solchen Folgen der Abtreibung, gewarnt wird.

Eine Parallele

Ich wies auch auf die Parallele zur deutschen Beratungseinrichtung „Donum vitae“ hin, Vorträge zu halten. In Österreich hingegen sei die „Aktion Leben“ über die „Katholische Aktion“ der Kirche angegliedert, betonte ich.

Prälat **Ratzinger** hob hervor, daß Bischof **Küng** in dieser Angelegenheit in Österreich zuständig ist und daß ich mich in dieser Sache an Bischof **Küng** wenden soll. Ich berichtete ihm darauf, daß ich dies schon getan habe, ja daß der eigentlich Grund für meinen Einsatz ein Brief von Bischof **Küng** an die Aktion Leben sei, den er mir übergeben hat, in dem er die „Aktion Leben“ anweist, „möglichst“ keine Beratungsscheine auszustellen, so daß dies im Grunde eine Erlaubnis darstellt. Auch könne Bischof **Küng** nicht zuhören, sagte ich Prälat **Ratzinger** und Bischof **Küng** habe mich auch während des Gespräches angeschrien. Ich würde aber wieder Kontakt zu ihm aufnehmen.

Ich hob hervor, daß ich sehr

froh bin, diese Kontakt-Möglichkeit über ihn zum Heiligen Vater zu haben, nachdem ein Gespräch mit Weihbischof **Laun** im vorigen Jahr und mit Weihbischof **Scharl** vor zwei Jahren nichts bewirkt hat. Auch der Vatikan hat seit zwei Jahren nichts unternommen, Vatikan-Diplomat **Wells** aus dem Staats-Sekretariat hat von einer zu prüfenden Situation gesprochen, die aber nun, nach mehr als zwei Jahren der Prüfung, kein Ergebnis gebracht hat.

Ich werde aber seine Vermittlung nicht strapazieren und ihn nur gelegentlich in Anspruch nehmen, um dem Heiligen Vater Informationen zukommen zu lassen, die sonst gefiltert und an ihn nicht weitergegeben werden.

Der Name des Bischofs

Ich bat Prälat **Ratzinger** auch wieder um eine Stellungnahme vor der Video-Kamera, die er bereitwillig abgab. Darin gab er die Darstellung des Papstes wieder, daß Bischof **Küng** dem Heiligen Vater berichtet hatte, daß die Mißstände im Zusammenhang mit den Beratungen der „Aktion Leben“ in den Pastoral-Ämtern bereinigt worden wären.

Das Video

Bemerkenswert war bei dieser Stellungnahme des Papst-Bruders, daß er die gleichen Worte „Aktion Leben“ und „Pastoral-Ämter“, gebrauchte, wie sie auch ich zuvor im Gespräch mit ihm verwendete, während er anfangs noch die unspezifischere Formulierung „Bera-

Fortsetzung Seite 20

Fortsetzung von Seite 19
tung, die mit der Lehre der Kirche nicht im Einklang ist“ verwendete, ohne Namen zu nennen, als ich ihn nach der Art der Mißstände fragte, um die es bei dem Gespräch des Papstes mit Bischof Küng ging und die Küng als behoben darstellte. Ich wollte damit sicher gehen, daß sich bei den vom Papst und seinem Bruder als „Mißstände“ bezeichneten Vorgängen tatsächlich um das Thema der Beratung durch die „Aktion Leben“ handelt und nicht um irgendwelche andere Verkommenisse.

Ich fragte Prälat Ratzinger auch nochmals, bei wem ich ein Gesuch um eine Papst-Audienz einbringen könnte und er nannte mir nochmals

den Namen von Präfekt **Harvey, James Harvey** wie er ergänzte. Ich erinnerte mich gleich wieder an diesen Namen. Er wies noch einmal darauf hin, daß es schwierig wäre, eine Audienz zu bekommen. Ich sagte aber, daß ich es versuchen werde.

Danach bedankte ich mich nochmals, kündigte an, daß ich mich in einigen Wochen wieder bei ihm melden würde und verabschiedete mich, sehr zufrieden über den Verlauf des Gespräches und die Video-Stellungnahme, die noch präziser und deutlich ausführlicher war als im letzten Video vom 11. Jänner.

Bisher keine Antwort von Bischof DDr. Klaus Küng auf meinen Brief, weshalb ich ihn nun veröffentliche:



1. Europäisches Lebensschutz-Museum Steinbach bei Schrems/NÖ



Kreuzmitte des Sühnekreuzes aus Abtreibungsinstrumenten. Im Mittelpunkt das vom Folter-Tod bedrohte Kind, davor Jesus, in welchem heute unsere geringsten Nächsten gekreuzigt werden.



Baby-Holocaust-Gedenkstättchen; Sühnekreuz, Gynstuhl des Dr. Schleibauer, Nachbildung des vor der Sondernüll-Deponie „Rautenweg“ stehenden Gedenk-Kreuzes für die ca. 3 Millionen Kinder, deren Asche dort einzementiert ist.

An
Herrn Bischof
DDr. Klaus Küng
Domplatz 1
3100 St. Pölten

Dr. Josef Preßlmayer
Gesundheitspsychologe
3871 Steinbach 63
1. Europäisches Lebensschutz-Museum
www.lebensschutzmuseum.at

17. Februar 2012

Sehr geehrter Herr Bischof DDr. Küng!

Ich habe gestern, am 16. 2. 2012 zum dritten Mal den Bruder des Papstes, Prälat Dr. Georg Ratzinger, in Regensburg besucht, der sich, auf mein Ersuchen hin, bereit erklärt hat, bezüglich der, mit der Lehre der Kirche nicht übereinstimmenden, „ergebnisoffenen“ Beratung der „Aktion Leben“ in österreichischen Pastoral-Ämtern mit dem Heiligen Vater Kontakt aufzunehmen.

In diesem Zusammenhang hat der Heilige Vater gegenüber seinem Bruder erklärt, dass er der Meinung gewesen sei, diese „Misstände“ seien inzwischen bereinigt worden, wobei sich Papst Benedikt XVI. auf ein Gespräch mit Ihnen bezog, in welchem Sie dem Heiligen Vater eine entsprechende Darstellung gegeben haben.

Aus meiner Kenntnis der Sachlage, der unveränderten Selbst-Präsentation der „Aktion Leben“ auf Ihrem Web-Auftritt und der im Rahmen der Papst-Petition „Katholiken Pro Life statt Pro Choice“ (kath-prolife.at) veröffentlichten Dokumentation konnte ich eine Beendigung dieser „Misstände“ jedoch nicht bestätigen. Im Gegenteil, es wurden durch undercover-Recherchen von Berufs-Detektiven das unaufgeforderte Empfehlen der Abtreibungsspiele Mifegyne sowie das Weiterleiten an die Fiala-Klinik in Salzburg und die Fleischmarkt-Klinik in Wien mit den Worten: „Wissen’S eh in Wien da ist ein Fleischmarkt, da kann man das machen“ dokumentiert.

Prälat Ratzinger hat mir empfohlen, Sie als der zuständige Familien-Bischof neuerlich zu kontaktieren und mit Ihnen diese, der kirchlichen Lehre widersprechenden, von vorneherein die Tötung des ungeborenen Kindes in Kauf nehmenden Beratungen der „Aktion Leben“ persönlich zu besprechen, weshalb ich um einen baldigen diesbezüglichen Termin ersuche.

Interview mit Prälat Georg Ratzinger am 16. 2. 2012

Preßlmayer: Lieber Herr Prälat, Sie haben ja Ihre Zusage eingehalten und mit dem Heiligen Vater gesprochen. Können Sie vielleicht noch einmal das Thema eingrenzen, das sie sehr gut vorher schon einmal in Worte gefaßt haben. Sie haben das ganz wunderbar auf den Punkt gebracht, worum es geht, also um diese Mißstände?

Prälat Ratzinger: **Jawohl, ja, ja, die da von der „Aktion Leben“ getragen werden und das innerhalb der Pastoral-Ämter, also der kirchlichen Organisation.**

Preßlmayer: Und der Heilige Vater hat Ihnen geantwortet, daß der Familien-Bischof Küng daraufhin angesprochen wurde von ihm und, was hat er gemeint, der Bischof Küng?

Prälat Ratzinger: **Daß alles in Ordnung ist.**

Preßlmayer: Daß alles in Ordnung ist, ja das ist eben...

Prälat Ratzinger: **Daß die Mißstände behoben seien.**

Preßlmayer: Ja, das ist aber leider nicht der Fall. Und jetzt geht’s eben darum, daß diese Papst-Petition „Katholiken pro life statt pro choice“ dem Heiligen Vater bekannt wird. Und wenn ich Sie richtig verstanden habe, wären sie so lieb, den Heiligen Vater daraufhin aufmerksam zu machen.

Prälat Ratzinger: **Ja**

Preßlmayer: Das ist sehr lieb, aber ich nehme auch gern Ihre Anregung an, mich mit dem Herrn Familien-Bischof Küng wieder in Verbindung zu setzen. Ich habe das ja auch getan schon in der letzten Zeit sehr häufig, leider mit abschlägigen Bescheiden.

Prälat Ratzinger: **Ja, da darf man nicht nachgeben.**

Preßlmayer: Darf man nicht nachgeben, genau. Das ist ganz mein Motto. Gut. Dann darf ich mich bedanken, recht herzlich bedanken.



Prälat Ratzinger und Josef Preßlmayer im Gespräch

Weil Bischof Klaus Küng (Diözese St. Pölten) dem Gesundheitspsychologen Josef Preßlmayer nicht antwortet, wird dieser Brief veröffentlicht. Es geht darum, daß der Bischof dem Papst über die Abtreibungsberatung der Kirche in Österreich nicht korrekt berichtet.

Ein kirchenpolitisch peinlicher Vorgang

Kalifat-Prediger muß schweigen

Shaker Assem darf ab sofort das muslimische Freitagsgebet im Wiener Afro-Asiatischen Institut nicht mehr leiten. Wahrscheinlich mußte Kardinal Schönborn aufgrund innenpolitischen Hinweises eingreifen. Der katholische Kirche ist der Vorfall peinlich.

Der Kalifat-Prediger **Shaker Assem** darf ab sofort das muslimische Freitagsgebet im Wiener Afro-Asiatischen Institut (AAI) nicht mehr leiten. Das teilte die Erzdiözese Wien am 24. Februar in einer Aussendung mit. Kardinal **Christoph Schönborn** habe diese Entscheidung als Protektor des von Kardinal **Franz König** gegründeten Instituts mit AAI-Geschäftsführer **Nikolaus Heger** getroffen. „Die Erzdiözese muß sich Klarheit über die Situation verschaffen, auch wenn die staatlichen Behörden bisher keinen Anstoß an Imam **Assem** genommen haben und dieser nicht als Haßprediger gilt“, hieß es. Unberührt davon bleibe „die wichtige und verdienstvolle Funktion des Instituts als Stätte für interreligiösen und interkulturellen Dialog“.

Ein Haßprediger?

So, so, ... dann wäre ja alles in Butter! So meint „Der 13.“. Aber die Tageszeitung „Die Presse“ hatte zuvor berichtet, daß **Assem** das Existenzrecht des Staates Israel bestreitet und die Todesstrafe bei Ehebruch für gerechtfertigt hält. Seine Pre-

digten halte **Assem** regelmäßig im islamischen Gebetsraum des AAI – einem 1959 von Kardinal **König** als „entwicklungspolitisches Bildungshaus“ gegründeten und von der Erzdiözese Wien unterstützten Institut zur Förderung des Dialogs der Religionen und der Völkerverständigung.

Partei des Kalifats

Zuletzt hatte **Assems** Ankündigung einer Kalifatskonferenz für den 10. März in Wien-Vösendorf für Aufregung gesorgt. **Assem** ist Sprecher der panislamischen „Hiz ut-Tahrir“ (Partei der Befreiung), die sich für die Errichtung des Kalifats in der islamischen Welt einsetzt.

Die in Deutschland verbotene Gruppierung wird in Österreich durch den Verfassungsschutz beobachtet, ein Verbot gibt es jedoch nicht, da sie weder als Partei noch als Verein registriert ist.

„Es ist eine schwierige Situation, über die wir seit Jahren diskutieren“, sagte AAI-Geschäftsführer **Nikolaus Heger** der „Presse“. Man wisse über **Assems** ideologischen Hintergrund Bescheid, „und er weiß, daß wir seine Werthaltung skeptisch betrachten“. **Assem** sei aber ein guter Dialogpartner, der das Gespräch suche und gewiß kein „Haßprediger“. Dennoch habe man bereits bei der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ) um die Vermittlung anderer Imame für die Freitagspredigten angefragt.

„Ha, ha, ha“ lacht die Redaktion des „13.“, aber Herr **Heger** sagt weiter:

Außerdem habe man sich von Seiten des AAI beim Verfassungsschutz über **Assem** informiert, dieser habe jedoch „nicht gesagt, daß wir ihn rausschmeißen sollen“, wurde **Heger** zitiert. Außerdem repräsentiere **Assem** eine islamische Richtung, die durchaus eine Realität darstelle: „Wenn Sie eine Umfrage unter Muslimen machen, werden Sie viele finden, die Israels Existenzrecht ablehnen.“ Wenn man das im AAI auch entschieden anders sehe, so sei es dennoch wichtig, auch mit diesen Menschen in einen Dialog zu kommen.

Wer intervenierte?

Das Afro-Asiatische Institut in Wien sah sich (nach welchen Interventionen?) gezwungen, sich weiter und noch ausdrücklicher von den politischen und ideologi-

schen Vorstellungen der von dem Kalifats-Prediger vertretenen Gruppierung zu distanzieren: „Wir treten für Demokratie und Menschenrechte ein, verurteilen körperliche Bestrafung und Todesurteile und fördern und unterstützen Programme zur Stärkung der Rechte von Frauen“, heißt es in einer Klarstellung.

„Haus des Dialogs“

Das Freitagsgebet finde seit fast 50 Jahren im AAI statt. **Assem** organisierte das Gebet demnach erst „seit einiger Zeit“. Das AAI habe ihn dabei „weder finanziell noch ideell“ unterstützt.

Den seit 1959 geltenden AAI-Gründungsauftrag als „Haus des Dialogs zwischen Menschen unterschiedlicher Kulturen und Religionen“ verstehe man so, „daß wir auch mit Menschen diskutieren, deren Ideologie uns fremd ist und von der wir uns distanzieren“, sagt man.

Kreuz in der Bildhauerei

Als letzte Ausstellung vor einer längeren Renovierungsbedingten Schließung zeigt das Wiener Dommuseum seit 6. März: „Das Kreuz in der Bildhauerei“.

Es handelt sich dabei um eine Gastausstellung der „Niederösterreichischen Gesellschaft für Kunst und Kultur“ (NöART). Die Schau mit rund 60 Skulpturen, Aquarellen, Objekten und Fotos von zeitgenössischen, vorwiegend österreichischen

Künstlern ist bis 25. Mai zu sehen. Zu sehen sind Werke unterschiedlichster Künstler, etwa **Wander Bertoni**, der eine Serie von Vortragkreuzen geschaffen hat und **Gottfried Ecker**, der Bücher mit Kreuzen aus Pappmaché versehen hat. Weiters sind Arbeiten von **Joachim Lothar Gartner**, **Alfred Haberpointner**, **Oskar Höfinger**, **Alfred Hrdlicka**, **Talos Kedl**, **Martin Schrampf** und **Robert Weber** ausgestellt. Lesen Sie S.18!

Frauenorden bilden Novizinnen gemeinsam aus

Auf ordens- und länderübergreifende Ausbildung bei Novizinnen setzt die Vereinigung der Frauenorden Österreichs (VFÖ): In einem gemeinsamen „Noviziatslehrgang“ werden die „neuen“ Schwestern der unterschiedlichen Gemeinschaften gemeinsam ausgebildet. Dabei denkt man durchaus

„in Richtung europäisch“, meinte Kurs- und Prozeßbegleiterin **Teresa Schlackl** von den Salvatorianerinnen. Denn beim derzeit laufenden Lehrgang seien nicht nur heimische Schwestern, sondern auch Teilnehmerinnen aus Deutschland dabei. Insgesamt umfaßt ein „Noviziatslehrgang“ einen Zeit-

rahmen von sechs Kurswochen in zwei Arbeitsjahren. Der Lehrgang war im November 2011 mit einer Kurswoche bei den Franziskanerinnen in Vöcklabruck gestartet. Dann beschäftigten sich die Novizinnen mit dem Thema „Gottesfrage – Entscheidung“. Im Mai treffen sie zusam-

men, um sich mit „Gemeinschaft – Kommunikation“ auseinanderzusetzen, im November mit dem Thema „Jesus Nachfolge“. Den Abschluß bilden Seminarwochen zu „Gelübde – evangelische Räte als Lebenskultur“ im Januar 2013 und „Ordenstheologie“ im April 2013.

Abtei wird auf 200.000 Euro verklagt

Die österreichische Zisterzienserabtei Mehrerau wird von einem Mißbrauchsoffer auf 200.000 Euro Entschädigung verklagt.

Der heute 57 Jahre alte Mann macht geltend, er sei vor mehr als 40 Jahren als Schüler der Internatsschule Mehrerau in Vorarlberg von

einem Pater sexuell mißbraucht worden. Eine strafrechtliche Verfolgung kommt nicht mehr in Frage, weil der Mißbrauch bereits mehr als 40 Jahre zurückliegt. Der Rechtsanwalt des Klägers, **Sanjay Doshi**, sagte im österreichischen Fernsehen, das Kloster stehe moralisch in der Pflicht.

Der Mißbrauch an dem heute 57jährigen wird von Seiten des Klosters nicht angezweifelt. Stiftungssprecher **Schiffl** zweifelt jedoch an der Rechtmäßigkeit der Klage gegen das Kloster als Einrichtung. „Wir sind der Meinung, daß eine Organisation nicht für die Taten eines seiner Mitglieder haftet“, so

Schiffl gegenüber den Medien. Die strafrechtlichen Ermittlungen gegen den Pater wurde schon 2009 wegen Verjährung eingestellt. Der heute 75jährige ist suspendiert und lebt nicht mehr in Mehrerau.

Informationsaustausch im Vatikan

Mehrere österreichische Bischöfe, angeführt von Kardinal **Christoph Schönborn**, haben gegen Ende Jänner in einem Gespräch im Vatikan über die Situation der Kirche in Österreich und verschiedene Initiativen berichtet. Neben Kardinal **Schönborn**, dem Vorsitzenden der

Österreichischen Bischofskonferenz, nahmen Erzbischof **Alois Kothgasser**, die Bischöfe **Egon Kapellari** (Graz-Seckau, er ist Stellvertretender Vorsitzender der Bischofskonferenz) und **Klaus Küng** (St. Pölten) teil. „Die Bischöfe haben die Gelegenheit genutzt, am

Rande einer Sitzungswoche verschiedener vatikanischer Behörden deren Vertreter aus erster Hand zu informieren“, hörte man. Lesen Sie dazu auch den Bericht von **Josef Preßlmayer** auf Seite 19, der sich auf ein Gespräch **Küngs** mit dem Papst bezieht.

KOMMENTAR

Österreich war einstens ein Land der Kultur. Heute ist dieser Staat zu einem seelenlosen Schatten der EU-Bürokratie verkommen. Dies dokumentiert sich in negativen Vorfällen besonders in Bezug auf durch Österreich rollende Tiertransporte. Was hier an GOTTES Geschöpfen gesündigt wird, schreit zum Himmel: verhungernde beziehungsweise verdurstende Tiere, die Tagelang auf engstem Raume zusammengepfercht dahinvegetieren müssen. Nicht selten sterben die Tiere. Die Republik Österreich tut nichts mehr dagegen, wir sind nicht Herr im eigenen Haus. Wir sollten deshalb den dafür Verantwortlichen bei den Wahlen die Rechnung präsentieren.
Ernestine Perrotoni

So erreichen Sie die Redaktion des „13.“

Telefon in Österreich: 07282 5797
Telefon mit internationaler Vorwahl: 0043 7282 5797
1. Fax: 07282 5797 13
2. Fax: 07282 5797 33
Email: office@der13.com

Adresse:
Redaktion „Der 13.“
4115 Kleinzell Nr. 2

**Wir brauchen Ihre
Mitarbeit!**

DAS NEUE BUCH

Beim Ordnen seiner Bücher erkannte **Richard Reingruber** als das kostbarste: „Die heilige Eucharistie“ vom Heiligen **Petrus Julianus Eymard**

Die heilige Eucharistie

(1811-1868). Dieser ist Ordensgründer der Eucharistiner und wurde 1962 heiliggesprochen.

Durch eine Diözesan-druckerei wurde das Buch zum 200. Geburtsjahr des Heiligen, wunderschön gestaltet, neu aufgelegt. **Richard Reingruber** sagt: „Weil GOTT durch Heilige spricht, ist dieses Büchlein das Nützlichste, was man überhaupt lesen kann.“ „Ohne Glauben“, sagt **Reingruber**, „kann nach Mk 16, 16 niemand gerettet werden. Daher sollte das Gnadenangebot recht genützt werden.“



Die heilige Eucharistie
Die wirkliche Gegenwart

Das neu aufgelegte Buch „Die heilige Eucharistie“

Zu beziehen gegen eine Spende ist das handliche, 254 Seiten starke Büchlein beim WKS-Sekretariat (**Richard Reingruber**), Auweg 9, 4190 Bad Leonfelden (Österreich).

Gemeinschaft im Handeln bedarf der Einheit in der Glaubenslehre

Teil 2 - Fortsetzung in der nächsten Ausgabe
Zwischentitel von der Redaktion

VON BISCHOF DR. KURT KRENN

Vor mehr als 20 Jahren schrieb Bischof Kurt Krenn diesen Text, der heute aktueller ist als damals. Das tiefe Vertrauen, das Bischof Kurt Krenn der Redaktion des „13.“ entgegenbrachte war der Grund, daß ihm Eigentümer, Herausgeber und ein Kreis von Freuden den Titel „Ehrenherausgeber“ verliehen. Wir danken ihm.

Wenngleich das Wort von der „Ortskirche“ oft üblich geworden ist, bringt das Wort von der „Teilkirche“ besser zum Ausdruck, daß nur Kirche ist, was Verwirklichung dieser einen Gesamtkirche ist.

Ohne Zweifel ist mancherorts die Mentalität festzustellen, die Kirche werde in ihrem Wesen nun von der örtlichen Sonderkirche bestimmt und sei nichts anderes als die Summe ihrer besonderen örtlichen Verwirklichungen. Daß die örtliche Teilkirche nur in der ganzheitlichen Identität der Gesamtkirche die Kirche sein kann, gerät zuweilen in Vergessenheit. Die Existenzfrage der örtlichen Teilkirche stellt sich daher richtigerweise als die Frage, wie die Gesamtkirche wesentlich, unverkürzt und in Einheit in den örtlichen Teilkirchen verwirklicht werden kann.

Teil-Gesamtkirche

Der heute oft geäußerte theologische Regionalismus würde eine Zerstörung der Kirche bedeuten, wenn nicht mehr von der einen Gesamtkirche her das Leben und die Ordnung der örtlichen Teil-

kirche beurteilt und verwirklicht werden.

Diese Anmerkungen zum Verhältnis Teilkirchen-Gesamtkirche haben nicht nur ihren theologischen sondern auch ihren zeitpolitischen Ernst:

Drohende Gefahr

Während man in Europa mühsam nun daran geht, jene Grundlegung für eine politische und ökonomische Ordnung zu finden, die effiziente Autorität jenseits der Staatensouveränität auszuüben vermag, könnte die Kirche gerade jetzt in Gefahr geraten, die wirksame Eigenständigkeit und Gegenwart des Ganzen und Gesamten gegenüber den Teilkirchen aufs Spiel zu setzen. Gerade jedoch die heutige politische Situation Europas verlangt nach dem Paradigma von Ganzem und Teil, das längst in der Kirche wie eine Art Hausrecht praktiziert wird.

Wie man auch den politischen Gebrauchswert der Kirche angesichts der Frage „Europa“ beurteilen mag, steht dieses eine fest: Die Kirche ist eine wirkliche Einheit, die von Anfang an ihre Geltung nicht in jenen natio-

nalen und souveränen Subjekten begründete, die ein neues Europa nun wird überdenken müssen. Es kann eigentlich nur im Interesse der Zukunft Europas liegen, wenn die Kirche ihre innere Einheit und Gesamtheit bewahrt und vertieft.

Die Kirche hat in jedem Volk Europas ihr besonderes Erscheinungsbild, dennoch ist sie die „eine“ und „dieselbe“ in ihrem Wesentlichen; dies bedeutet vor allem Einheit in der Lehre des Glaubens und in der Gemeinschaft des hierarchischen Amtes.

Den heute zur totalen Autonomie neigenden Menschen fällt es schwer, das Wesentliche und Bleibende der Kirche von den freien, legitimen, ortsbedingten und wandelbaren Gestaltungsmöglichkeiten sachkundig zu unterscheiden. Wenn aber das bleibende Wesentliche in Lehre und Disziplin berührt wird, dann ist es gegen die Zeichen der Zeit und gegen die Einheit der Kirche, etwa zum Beispiel in der Frage von Ehe und Familie einen „diözesanen Weg“ gegen den „römischen Weg“ zu stellen.

Heute nicht selten

Phänomene solcher Art sind heute nicht selten: die Lehre der katholischen Moral wird regionalisiert indem Sinn, daß in Europa anderes als in Afrika gelten könnte; die Lehre von der Kirche hat in Mitteleuropa gewisse neuartige Präferenzen in einer besonderen Vorstellung von Demokratie; in manchen Bereichen der Kirche ist der gemeinsame Glaube wenig gefragt, umso mehr jedoch

Fortsetzung Seite 24

Fortsetzung von Seite 23
zählen die besonderen Gesinnungsprüfungen, welche Basisgruppen, Räte oder spirituelle Bewegungen als für die Zugehörigkeit zur Kirche unerlässlich erklären. Einen besonderen Totalitarismus üben auch jene Pastoraltheologen aus, die ihre Geltung von Machbarkeit und totaler Praxis ableiten und die Glaubenslehre der Kirche wie einen pastoral unvermittelbaren Restbestand betrachten.

Problem Atheismus

Der bisher herrschende Marxismus-Leninismus im Osten Europas mag sich in seiner Politik und Ökonomie selbst zerstört haben; er hinterläßt jedoch viele Millionen Menschen, die nie etwas von GOTT, Glauben, Kirche, Erlösung gehört haben, in einem Atheismus, der nicht durch Marktwirtschaft oder demokratische Reformen überwunden wird.

Auch der Wohlstand und die Freiheit des westlichen Europa haben ihren eigenen Atheismus, den wir oft als die Säkularisierung der Welt und des Menschenlebens bezeichnen; hier leistet die bewußte Abstinenz von der Frage nach der Wahrheit, der Agnostizismus, jene theoretische Vorarbeit, die den Atheismus als einen unbedingten Fortschritt in der autonomen Humanität erscheinen läßt.

Dem harten Atheismus als ausdrücklicher Gottesverneinung, wie auch dem sanften Atheismus der agnostischen Weltanschauung steht heute die Kirche gegenüber. Kann die Kirche als das Volk GOTTES jenes „Zeichen und Werkzeug für die innigste

Vereinigung mit GOTT wie für die Einheit der ganzen Menschheit“ (LG 1) sein? Schon allein diese Selbstbeschreibung der Kirche in der Dogmatischen Konstitution über die Kirche des Zweiten Vatikanums zeigt, daß im Lehren, Entscheiden, Handeln und Sein der Kirche nichts an der Gottesfrage vorbeiführt; die Gottesfrage ist die Wesens- und Identitätsfrage der Kirche als Kirche.

Angesichts der schier unendlichen Mühe, gegenüber einer weithin irgendwie atheistischen Welt immer wieder den „Standpunkt GOTTES“ lehren und vertreten zu müssen, könnte die Kirche, in dieser Welt als Gesellschaft verfaßt und geordnet (vgl. LG, 8), versucht sein, gleichsam „neben“ der Gottesfrage als Organisation, als soziale Bewegung oder als kultureller oder politischer Partner aufzutreten.

Identitätslose Kirche?

In solcher Rolle wäre die Kirche identitätslos, wenngleich sie nach außen wie ein Ordnungsfaktor oder wie ein soziales, kulturelles, politisches Element auftritt. Wenngleich es zunächst so aussehen mag, als sei die Kirche ohne den „Standpunkt GOTTES“ im Gefüge der Welt eine gleichrangige und kooperative Größe, so wäre gerade das Ausklammern des Göttlichen für die Kirche schließlich der Zwang, sich weltlich als soziale, politische, ökonomische, kulturelle Macht zu etablieren und zu behaupten; die Kirche hätte in diesem Fall nicht mehr die selbstverständliche Bereitschaft, inmitten einer Welt der vielfa-

chen Interessen und Interessengleichgewichte die immer wieder innovative Kraft der Liebe, der reinen Wahrheit, der selbstlosen Moralität, der unberechenbaren Hoffnung und des vertrauenstiftenden Glaubens zu entfalten.

Auch wenn die Gottes- und Nächstenliebe in der christlichen Lehre nebeneinander gestellt werden, so ist dennoch die Gottesliebe immer die innerste vorrangige Bedingung für das Gelingen der Nächstenliebe; der „Standpunkt GOTTES“ ist es, der die Welt im Sinne CHRISTI verändert.

Gegensatz zur Kirche

Wie immer auch die konkrete Situation des Atheismus in Europa sein mag, der Atheismus ist in jeder seiner Formen ein Gegensatz zum Wesen der Kirche, dem sich die Kirche stellen muß. Kirche und Atheismus haben sehr oft zwar ein faktisches Nebeneinander, was jedoch die Kirche nie dazu verhalten darf, ihren missionarischen Auftrag der Verkündigung und Erlösung hintanzustellen oder auf die von GOTT gewollte Ordnung in der Welt und im Menschen Verzicht zu leisten.

Entweder - oder

Kirche und Atheismus stehen bezüglich des Menschen im Gegensatz des „Entweder-oder“, nicht in jenem des „Sowohl-als auch“. Für diese Auseinandersetzung braucht die Kirche die Entschiedenheit des Augenblicks aber auch die langzeitliche Geduld, um „zwischen den Verfolgungen der Welt und den Tröstungen GOTTES

auf ihrem Pilgerweg“ dahinzuschreiten (vgl. Augustinus Civ. Dei XVIII, 51, 2; zit. LG, 8).

Die neue Aufgabe

Praktisch mit dem letzten Jahrzehnt unseres Jahrtausends steht die Kirche in Österreich in einer neuen Situation und Aufgabe. Waren die letzten vergangenen Jahrzehnte von innerem Wachstum, auch von innerem Verfall und Abfall, von inneren Auseinandersetzungen und von inneren Veränderungen geprägt, so wird die Qualität dieses inneren Wachstums nun auch von außen geprüft.

Ohne Zweifel waren diese vergangenen Jahrzehnte von der Wahl zwischen „Integration“ und „Identität“ geprägt; es hat den Anschein, als hätte man sich in Österreich zunächst eher für die Integration entschieden.

Zur Integration

Was meint Integration? Man hat in der Kirche die Einheit der Kirche eher im sozialen Verbund, eher in der affektiven Gemeinschaft, eher in der konfliktfreien Nachbarschaft und eher mit integrativ wirkenden Persönlichkeiten versucht; der konfliktfreie Zusammenhalt wurde allmählich zu einem Hauptmerkmal der Kirche in Österreich. Niemand wird negativ beurteilen dürfen, daß Konflikte überwunden oder ausgeräumt werden. Man muß jedoch auch beachten, was in den zeitlichen Phasen der Integration in den Hintergrund getreten ist und nun sein Defizit spürbar macht.

Baby-Prämie

Bei gesunder Betrachtung der „bedenklichen Machenschaften“ der BKK-IHV zeigt sich eine erfolgreiche Versicherungsidee, durch die freiwillige Leistung der 300 Euro Baby-Prämie neue Mitglieder zu werben, die eine positive Auslese darstellen von jüngeren Versicherten, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen für Gesundheit und Risiken einer Abtreibung vermeiden. Lesen Sie auch Seite 16!

Dr. med. Rolf Ullner
D-84405 Dorfen

LESER SCHREIBEN...

Die Gföhler stimmten ab

Als eine der wenigen Zeitungen Österreichs brachten „Der 13.“ und die „Ganze Woche“ in großer Aufmachung einen Bericht über die Ablehnung der Gföhler Bürger bezüglich des Baues eines 35 Meter hohen Buddha-Tempels, den die Wiener „Zuagrasten“ den Gföhler mit Hilfe des schwarzen Bürgermeisters aufzwingen wollten.

Die Volksbefragung ging für die Tempelbefürworter in die „sprichwörtliche Hosen“. Die Mehrheit der Be-

völkerung sprach sich gegen den „Stupa“ aus, von den 23 Gemeinderäten hätten sich 21 für den Stupa entschieden (die zwei FPÖler waren dagegen). Die Gföhler aber lehnten den Tempel ab.

Der Bürgermeister, der das unsinnige Projekt befürwortete, sollte zurücktreten, das Waldviertel braucht weder Buddhatempel noch Moscheen, sondern urige gemütliche Waldkapellen und Marterln!

Heinz Vielgrader
A-3443 Rappoltenkirchen

Ein irrer Politiker?

Als der iranische Präsident **Ahmadinedschad** gewählt war, sagte er auf die Frage eines Reporters ob er jetzt in den Präsidenten-Palast einziehen werde: „Erst dann, wenn jeder Iraner einen Palast besitzt!“

Was ist an diesem Politiker so irrtümlich, wie manche Medien meinen? Der nicht alles nimmt, was er bekommen kann, wie der verflossene deutsche Bundespräsident **Wulff**?

Ludwig Reinthaler
A- 4600 Wels

Das Ende des freiheitlichen deutschen Rechtsstaates

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel verfolgt das Ziel, im Juni 2012 die Haushalts-souveränität der Bundesrepublik Deutschland an die Fiskalbehörde „Europäischer Stabilitätsmechanismus“ (ESM) zu übertragen. Die politische Souveränität Deutschlands würde durch die Preisgabe der Haushalts-souveränität beendet und das Ende des freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates würde damit herbeigeführt werden.

Der ESM ist mit Regierungsvollmachten ausgestattet, wird von einem demokratisch nicht legitimierten Gouverneursrat geleitet, ist nicht kontrollierbar, steht unter völliger Immunität, ermöglicht keinen Einblick in seine Archive, unterliegt der völligen Geheimhaltung, kann innerhalb von sieben Tagen Milliardenbeträge abrufen und kann seine Finanzausstattung nach eigenem

Ermessen aufstocken. Deutschland muß 190 Milliarden Euro einzahlen.

Frau **Merkel** bricht offensichtlich ihren Amtseid. Vermutlich hat sie bereits beim Antritt ihres Amtes als Bundeskanzlerin die Absicht gehabt, Deutschland einem europäischen Bundesstaat einzugliedern. Die Preisgabe des Budgetrechtes und der Finanzhoheit widersprechen dem Grundgesetz. Die „Fiskalunion“ trägt die Anzeichen einer Diktatur.

Wider besseres Wissen hat Frau **Merkel** den Entschluß gefaßt, die deutsche Kerntechnik ohne europäische Absprache zu vernichten. Unmittelbar nach der Zerstörung eines japanischen Kernkraftwerkes durch ein Seebeben hatte sie noch die Sicherheit der deutschen Kernkraftwerke betont. Die Beeinträchtigung der Stromversorgung gefährdet die Bevölkerung durch Stromausfälle

und den Industriestandort Deutschland durch überhöhte Strompreise.

Wider besseres Wissen fordert Frau **Merkel** durch Steuergelder zu finanzierende Investitionen in Höhe von Hunderten Milliarden, um die Globaltemperatur um 0,0007°C bis 2020 zu senken. Als Physikerin muß Frau **Merkel** wissen, daß die Globaltemperatur nach Verbrennung sämtlicher fossiler Brennstoffe um weniger als 1°C steigen würde. Kohlendioxid ist der wichtigste Pflanzennährstoff und hat keinen schädlichen Einfluß auf das Klima.

Der Bevölkerung muß verdeutlicht werden, daß die Energie und Europapolitik von Frau **Merkel** die Entmündigung und weitgehende Enteignung der Bürger zur Folge hat. Obwohl die „Staatsgewalt vom Volk ausgeht“ (Art. 20 GG), dürfen die Bürger nicht über die

Übernahme der Schulden korrupter Fremdstaaten entscheiden. Der Eindruck entsteht, daß Frau **Merkel** durch die geballte internationale Finanzmacht im Rücken zu einer dem Volk nicht dienlichen Politik gedrängt wird.

Das Gebot der Stunde besteht darin, den Bundestagsabgeordneten zu verdeutlichen, daß eine Zustimmung zur Ratifizierung des ESM Vertrages grundgesetzwidrig ist. Unbedingt muß bei der kommenden Abstimmung im Bundestag eine Zweidrittelmehrheit gefordert werden.

Eine Verbreitung dieses Textes ist erwünscht. Bitte schreiben Sie an die Bundestagsabgeordneten! Adressen siehe www.fachinfo.eu/fi074.pdf, www.fachinfo.eu/europapolitik.htm und www.fachinfo.eu/klimawandel.htm

Dr. rer. nat. Hans Penner
hans.penner@iavg.org

Zu dem Bild, das im Innsbrucker Dom hängt

Mit großem Bedauern und Entsetzen schaute ich das Bild des Bischofs von Innsbruck in seiner Kirche an. Das wäre nicht sein Bild? Aber er ist für seine Kirche verantwortlich! Er ist verantwortlich für die Aufhängung des Bildes in seiner Kirche! Nun zu dem, was das Bild dem Zuschauer zeigt:

● Zum Symbol „Feuer“, im Titel erwähnt mit „burning“ also zentrales Motiv. Ein brennendes Rom ist sicher nicht im Sinne des Erfinders. Es ist also schon mal etwas Negatives, wenn etwas brennt und dabei schwarz wird. Ist denn Feuer nicht immer negativ? Natürlich nein.

● Zum Beispiel wärmt Feuer. Diesen Sinn können wir hier aber ausschließen, da in dem gezeigten Saal sicher keine Hitze erzeugt werden soll, um jemanden zu erwärmen.

● Symbol „Heiliges Feu-

er“. Der brennende Dornbusch in der Wüste veränderte nicht das Aussehen der Pflanze, da es ein göttliches Feuer war. Auch die Apostel oder ihre Umgebung (!) wurden zu Pfingsten nicht schwarz, da auch der HEILIGE GEIST ein heiliges, göttliches Feuer verbreitet(e), welches zwar brennt, aber eben geistig. Wie man sieht, ist diese Art Feuer hier auch nicht gemeint.

● Symbol „Veränderung der Auswahl JESU“: Die Apostelwahl JESU, nur Männer zum Apostelamt zuzulassen, wurde von Frau **Bornefeld** geändert. Da es seit „dem Konzil“ eine starke Diskussion in der katholischen Kirche für das Frauenpriestertum gibt, ist hier diese „Problematik“ angesprochen.

● Da sonst auf dem Bild nicht viel zu sehen ist, fallen nur diese fünf Symbole ins Gewicht: Feuer, Apostelfrauen, heutige Menschen

aus dem Alltag, alles wird vom Feuer schwarz verbrannt. Und natürlich das Urbild **Leonardos**, welches wohl für die alte frühere Kirche steht, mit Meßopfer, der absoluten Autorität JESU und der Apostel als Auserwählte. Dies letztere wird nun gerade bis zur Unkenntlichkeit schwarz. Das einzige, was nicht schwarz wird, sind die Apostelfrauen und -männer.

● Ist dies also mit dem neuen „reinigenden“ Feuer gemeint? Meint Frau **Bornefeld** und alle, die dieses Bild gut finden, daß das alte verbrennen muß und wie **Phoenix** aus der Asche etwas Neues, dem heutigen Alltag Gerechtes entstehen soll? Dies ist allein nur möglich und somit richtig.

● Um nur mal bei dem Punkt „Frauen-Apostel“ zu bleiben, steht denn die Protestantische Kirche, die das Frauenpriestertum bereits

vor mehreren Jahrhunderten einfuhrte, besser da? Erreichen diese besser den heutigen Menschen? Warum sind dann so viele noch katholisch? Und warum verzeichnet die protestantische Bewegung nicht nur der Anzahl nach stärkeren Schwund als die katholische „Bruder“-Kirche?

Nur mal rein historisch betrachtet, kann man wohl sagen, daß man dieses brennende Abendmahl in 100 oder 200 Jahren sicher nicht mehr anschauen, geschweige denn irgendwo erwähnen wird. Anders als beim Bild **Leonardo da Vincis**, oder dem Muttergottesbild, welches gerade verdeckt wird. Warum? – Falls es der Bischof nicht wissen sollte: das Volk wird es entscheiden.

Ich wünsche dem Herrn Bischof GOTTES Segen in seinem missionarischen Tun,
Tobias Maria Wirth
A- 6020 Innsbruck

Das Schweigen der Hirten ist ein großes Problem

Die antikatholische Hetze in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland nimmt an Schärfe zu. Laut Beschluß des Amtsgerichts Berlin-Tiergarten vom 14. 02. 2012 darf die katholische Kirche in der Öffentlichkeit als „Kinderficker-Sekte“ diffamiert werden. Seit der medialen Schlacht in der jüngsten Vergangenheit, in der wochenlang katholische Geistliche als Mißbraucher „enttarnt“ wurden, ist hinsichtlich der katholischen Kirche offensichtlich nichts mehr schlecht genug, um es an die Öffentlichkeit zu zerren.

Jetzt erhalten die deutschen katholischen Bischöfe die Quittung dafür, daß sie in der Zeit der Medienkampagne „sexueller Mißbrauch durch katholische Priester“ nicht deutlich genug Stellung bezogen haben.

Stattdessen haben sie in vorausseilendem Gehorsam auf jede „Entdeckung“ mit „Betroffenheit“ reagiert, ohne auf seriöse Untersuchungen wie zum Beispiel jene des renommierten Berliner Kriminalpsychiaters **Hans-Ludwig Kröber** hinzuweisen, „daß sexueller Mißbrauch bei Mitarbeitern der katholischen Kirche sehr

viel seltener vorkommt als bei anderen erwachsenen Männern“. Außerdem warnt Prof. **Kröber** davor, „daß die katholische Kirche in Deutschland ähnlich wie vor einigen Jahren in den USA in einen ‘Selbstgeißelungs-Furor’ gerate und aus Angst vor neuem Unrecht an vermeintlichen Opfern alle Anschuldigungen ungeprüft akzeptiere“.

Dafür tragen die deutschen katholischen Bischöfe die Verantwortung. Die Gläubigen erwarten von ihren Hirten zu recht, daß diese ihrer Pflicht gerecht werden und öffentlichen Anfeindungen

entgegentreten, notfalls mit juristischen Mitteln. Es ist eine Schande, wenn nicht-katholische oder sogar nicht-gläubige Menschen der Öffentlichkeit klarmachen (müssen), daß jeder Gläubige ein Recht darauf hat, daß sein und seiner Glaubensgemeinschaft Ruf nicht in den Dreck gezogen wird. Bischof und Kardinal **Clemens August Graf von Galen** wäre jeder Verleumdung mutig entgegentreten, wie er auch den Nationalsozialisten die Stirn geboten hat.

Reinhard Dörner,
ZpV e.V.-Vorsitzender
D 53117 Bonn

Eine „Taufe“ der Ungeborenen ist nicht möglich

In der Februar-Ausgabe des „13.“ ist auf Seite 26 ein Artikel mit dem Titel „Schreiben einer Opferseele und Reaktion eines Lesers“ veröffentlicht. Dort ist von einer „schlichten Frau unserer Tage“ die Rede, die „hoher mystischer Gnaden gewürdigt“ worden sei. Diese „Opferseele“ habe in der Straßenbahn eine Vision von CHRISTUS erlebt, der sie zur Taufe der abgetriebenen (beziehungsweise totgeborenen) Kinder aufforderte.

Diese kirchlich nicht anerkannte „Übung“ ist aber nicht neu, auf entsprechenden Gebetszetteln und Broschüren findet man sie seit Jahrzehnten, doch sie wird immer wieder in leicht veränderter Version aufgewärmt – diesmal eben durch eine angebliche Christuserscheinung.

Doch die Taufe von getöteten Ungeborenen oder Totgeburten ist sakramenten-theologisch gesehen unsinnig, wenngleich sicherlich gut gemeint – aber gut gemeint ist noch lange nicht gut gemacht. Die Spendung von Sakramenten an Verstorbene ist nicht möglich. Im Falle der Krankensalbung beziehungsweise letzten Ölung geht dies in Zweifelsfällen lediglich bedingungslos für den Fall, daß der Betreffende noch lebt. Selbst wenn dem nicht so wäre, ist der ordentliche Spender der Taufe immer noch der Priester, der Laie nur im Notfall. Doch in dieser „Vision“ werden alle Laien zur ständigen „Taufe der Ungeborenen“ aufgefordert, statt dies dem Priester zu übertragen – doch wie gesagt: die Kirche kennt ohnehin keine Sakramentenspendung an die Verstorbenen.

Zudem wird in dieser Vision dazu aufgefordert: „Dann nimm Weihwasser, spreng es nach allen Richtungen und sprich diese Worte: „Euch alle, die ihr am Tag und in der Nacht tot geboren wurdet und noch tot geboren werdet, euch alle, die ihr im Leib eurer Mutter getötet wurden und noch getötet werdet... taufe ich im Namen des Vaters...“

Hier sind zwei weitere theologische Denkfehler enthalten: Man kann ein Sakrament weder nach dem Tod noch vor dem Lebensbeginn eines Menschen spenden („euch alle, die ihr noch tot geboren werdet... und noch getötet werdet...“).

Zudem kann man nicht in einem Akt „alle“ Betreffenden taufen. Die vorgeschlagene „Taufe“ ist schon des-

halb unlogisch, weil einerseits dazu aufgerufen wird, diese Handlung ständig zu wiederholen, andererseits dem Wortlaut nach doch in einem Akt „alle“ getauft werden, die tot geboren oder im Mutterleib ermordet wurden (und noch werden).

Die ganze Vision ist folglich in mehrfacher Hinsicht in sich selbst widersprüchlich. Zudem entspricht bereits das Grundanliegen einer Taufe von Verstorbenen nicht der kirchlichen Lehre. Es ist daher als theologischer Irrweg abzulehnen.

Überlassen wir die abgetriebenen Kinder doch der Weisheit und Gnade GOTTES und vertrauen wir darauf, daß der Ewige weiß, wie Er das Problem der fehlenden Taufe am besten regelt.

Eine große Wahrscheinlichkeit spricht für die altvertraute kirchliche Vorstellung vom „Limbus“, also jenem jenseitigen Zustand natürlicher Zufriedenheit, dem jedoch die Anschauung GOTTES fehlt, die uns durch die Taufe ermöglicht wird. Diese Lehre vertrat auch der Heilige **Thomas von Aquin** und mit ihm die meisten bewährten Theologen der Kirche.

Felizitas Küble

D- 48167 Münster

Anm.d.Red.: Wir wollen damit die Diskussion über das Thema beenden

Gott

Der langmütige GOTT wird der Menschheit sicherlich zeigen, wer der wahre HERR dieser Welt ist. Liebe und Gerechtigkeit sind untrennbar mit GOTT verbunden.

Erich Stuck

A- 5020 Salzburg

Familien müssen besser gefördert werden

In seltener Einmütigkeit treten Arbeiterkammer und Industriellenvereinigung dafür ein, bei Familien Sachleistungen an Stelle von Geldzahlungen zu setzen und dabei noch Geld für die Kinderbetreuung zu sparen. Die CP-Tirol kann diesen Überlegungen nichts Positives abgewinnen. Selbst wenn man davon absieht, daß diese Lösung ohnehin verfassungswidrig sein dürfte, kommt es einer Entmündigung von Eltern teilen gleich, wenn man gegen Nachweis der Notwendigkeit Gutscheine für Familienleistungen anbietet. Konsumfördernd wollen diese Verbände am falschen

Platz sparen und die Kinderbetreuung stärken. Hände weg von dieser Idee, sie dient nur der Wirtschaft zu Lasten der Familie und vor allem der Kinder. Sie degradiert unsere Staatsbürger zu Menschen, die unfähig sind, mit Geld umzugehen.

Die CP-Tirol lehnt die Intensivierung der Kleinkinderbetreuung grundsätzlich ab, sie sollte nur in Notfällen helfen und nicht zum System werden! Gutachten vieler Fachärzte haben längst nachgewiesen, daß die mütterliche Kinderbetreuung bis zum vollendeten dritten Lebensjahr für die Entwicklung des Kindes der bessere Weg ist. Die vom Kommunismus

übernommene Kinderkrippenbetreuung hat bereits Gorbatschow als einen der größten Fehler des Sozialismus bezeichnet. Wir sollten aus dieser bekannten Erfahrung endlich die richtigen Lehren ziehen und unsere Familien besser fördern, anstatt die Familienförderung zu reduzieren. Die Wirtschaft müßte familienfreundliche Arbeitsplätze anbieten und mit der Arbeiterkammer Fördermaßnahmen für Mütter nach der dreijährigen Arbeitspause entwickeln. Dies würde der Situation besser gerecht werden.

Dr. Harald Marek

A- 6020 Innsbruck

Ist die Einheit im Christentum wirklich undenkbar?

Noch so eindeutig lauten die biblischen Mahnungen zur Einheit im Glauben, doch die Geschichte der Christenheit ist geprägt von unzähligen Spaltungen. Bei der Frage, was denn immer wieder falsch gelaufen sei, sollten wir uns in erster Linie einmal darüber klar werden, was der Verwirklichung der Einheit diametral entgegensteht. Welches sind jene menschliche Faktoren, die ein solches Ziel im vorneher ein verfehlen? Was hindert die Ökumene letztlich an einem guten Gelingen?

Auf der Suche nach maßgebenden Werten und nach entscheidenden Wahrheiten ließen sich immer wieder religiöse Schwärmer aber auch ernsthafte Theologen von bestimmten religiösen und moralischen Aspekten besonders beeindrucken und

setzten dabei Prioritäten, durch die sie zu der in Rom und in Konstantinopel maßgebenden Meinung zwangsläufig in Gegensatz gerieten.

Ein besonders klassisches Beispiel hierfür lieferten beispielsweise im Mittelalter die Katharer, die die Welt als völlig teuflisch definierten und sich in wesentlichen Bereichen in ausgeprägtem Gegensatz zum römischen Lehramt setzten. Rasch kam es zu einem noch so blutigen und nicht enden wollenden Machtkampf.

Christen sollten sich indes bewußt sein, daß es bei einer religiösen Auseinandersetzung unter keinen Umständen zu einem Machtkampf kommen darf. Das Durchsetzen einer auf weltliche oder kirchliche Macht gestützten Lehre steht in striktem Gegensatz zum

christlichen Liebesgebot.

Dies müßte eigentlich als Eckpfeiler der christlichen Heilslehre gelten. Doch genau dieses grundlegende Erfordernis wurde in der Geschichte des Christentums immer wieder aufs Größte mißachtet. Dies auch katholischerseits, wie namentlich bei der Inquisition. Strebten aber nicht auch Reformatoren wie **Luther**, **Zwingli** oder **Calvin** bei der Ausbreitung ihrer neuen Ideen nach Macht? Leider war dies noch so sehr der Fall, suchten sie doch alle das Volk mit Gewalt ihren neuen Glauben zu unterwerfen.

Bei meinen Überlegungen möchte ich noch einen Schritt weitergehen. Ist da nicht bei der gegensätzlichen Beurteilungen des Zweiten vatikanischen Konzils bei vielen Katholiken eine fal-

sche Grundeinstellung im Spiel? Ungeachtet aller theologischen Meinungsverschiedenheiten sollte man doch endlich einsehen, daß für einen Katholiken die Einheit mit dem römischen Lehramt eine Verpflichtung darstellt, der gegenüber die eigene Meinung auf jeden Fall in den Hintergrund treten müßte. Polemische Formulierungen wie zum Beispiel das Zweite Vatikanum stelle eine Katastrophe dar, verstoßen noch so sehr gegen die erwähnte Grundforderung.

Man distanzieren sich endlich von Polemik und Haarspalterei. Gefragt ist ein ehrlicher Dialog, bei dem versucht wird, da und dort einander näher zu kommen. Dazu braucht es eine von Demut geprägte Grundhaltung. Nur mit dieser Einstellung und frei von jeglichem Fanatismus können wir allenfalls zur Einheit der Christenheit gelangen.

Traugott Voegeli-Tschirky
Konsul in Ruhe
CH-5325 Leibstadt AG

Neue Wege in Währungsfragen

Anläßlich eines Expertentreffens hat die CPÖ (Christliche Partei Österreichs) ihre Positionen zur Wirtschaft und zu Währungsfragen diskutiert. In der Wirtschaft wurde durch die bisherigen Maßnahmen (Bankenpakete, EU-Rettungsschirm...) wegen der neuerlichen Ausweitung der Verschuldung bereits die Basis für die nächste Krise gelegt. Deshalb muß auf der Grundlage ideologiefreier ökonomischer Einsichten eine grundlegende Reform des Geld-, Finanz- und Kreditwesens vorgenommen werden.

Konkret zu überlegen sind die Wiedereinführung gedeckter Währungen durch Etablierung eines Warengel-

des und weiter ebenso die

Entschuldung aller öffentlichen Haushalte; und

International sollte zur Erlangung des sozialen Friedens zwischen den Staaten ein allgemeiner Schuldennachlaß vereinbart werden.

Berücksichtigung des Zusammenhangs von Zinsen und Wirtschaftswachstum.

Als vordringliche Maßnahme wird daher eine Entschuldung der öffentlichen Haushalte (Bund, Länder, Gemeinden) gefordert. In einem ersten Schritt sollten alle Gebühren (zum Beispiel die Gemeindegebühren für Müll, für das Wasser, für den Kanal) um die enthaltenen Zinsen entlastet werden, das heißt die öffentliche Hand

dürfte künftig keine Zinsen bei der Gebührenberechnung berücksichtigen. Dadurch würde sich die Höhe der Gebühren schlagartig verringern und die Bürger würden spürbar entlastet werden.

Als weiterer Schritt sollte von diesen Gebühren auch keine Mehrwertsteuer eingehoben werden, wodurch eine weitere starke Verringerung der Lebenshaltungskosten für alle Bevölkerungsschichten eintreten würde. Diese Maßnahmen würden auch zu einer Verringerung der Inflation beitragen und die Wertbeständigkeit der Ersparnisse verbessern.

Dr. Rudolf Gehring
A- 2380 Perchtoldsdorf

Islamisierung

Es wäre alles nicht so schlimm, wenn wir nicht Pfarrer und sogar Bischöfe hätten, die für die Islamisierung unseres Abendlandes sich einsetzen und alle unsere Pfarrblätter für ihre politischen Vorstellungen mißbrauchen! Das jedoch wollen viele nicht hinnehmen und treten aus! Was für ein Fest für die Muslime...

Willy Schmidhauser
sd-thurgau@bluewin.ch

Das Prinzip der „Subsidiarität“ hat längst zum Einschreiten für die kleinsten Zellen des Staates (Familie und Gemeinden) verpflichtet. Die Umverteilung aus dem Steuertopf nach dem ungerechten Aufteilungsschlüssel ist längst überfällig. Der ab-

Schmiedet das Eisen!

gestufte Bevölkerungsschlüssel gehört längst korrigiert. Aber auch die Drohen im Bienen-schwarm müßten längst reduziert werden. Man kann heute nicht mehr übersehen, daß in der Bevölkerung manche Themen sehr hart diskutiert werden und daß auch manches kritisch gesehen wird. Ob es um gerechte Aufteilung der Finanzen nach dem Prinzip der Subsidiarität für Gemeinden geht oder um den Familienlastenausgleich, an diesen Schrauben soll gedreht werden. Den kleinsten Zellen des Staates wie Familie oder Gemeinden soll die Luft zum Atmen nicht ausgehen. Mit welchen Tricks (Kinderkrippen) möchte man die Geburtenrate anheben und die Bevölkerungs-Pyramide im Weitblick unabhängig von Zuwanderern machen? Heilsam wäre: ab dem dritten Kind ein Müttergehalt mit Pensionsanspruch zu geben! Werte Politiker traut euch, und schmiedet das Eisen, solange es noch glüht!

Josef Leibetseder
Bürgermeister in Ruhe
A-4121 Altenfelden

Organtransplantation: neues Politik-Thema

Die Organtransplantation steht zurzeit im Vordergrund der Politik. Weil niemand seinem Tode ausweichen kann, liegt es auf der Hand, sich gut zu informieren.

Bevor Transplantationsärzte Organe entnehmen dürfen, muß der „Hirntot“ festgestellt werden, der – so wird behauptet – der wirkliche Tod des Menschen sei. Würde man nämlich einem noch lebenden Menschen die Organe entnehmen, so hieße das ja, ihn zu töten.

Der Arzt würde zum Mörder, der Organspender hätte mit seiner Zustimmung zur Organentnahme sich des Selbstmordes schuldig gemacht. Zustimmungsmacht.

hörige wären Tötungsgehilfen. Der springende Punkt ist also die Frage, ob der „Hirntot“ wirklich der Tod des Menschen ist. Damit haben sich in der Versammlung der päpstlichen Akademie der Wissenschaften 1995 Ärzte und Wissenschaftler aus der ganzen Welt beschäftigt. Die Mehrheit unterschrieb einen Essay mit der Überschrift „‘Hirntot’ ist nicht Tod“. An den berichteten Erfahrungen von Transplantateuren, den schlüssigen Überlegung bekannter Wissenschaftler, an den Fakten kommt keiner vorbei, der sich der Frage stellen will. Darüber hinaus wurde auch an die einleuchtende Wahrheit erinnert, daß

man nicht transplantieren dürfe, wenn auch nur der geringste Zweifel besteht, ob der Spender tot ist.

Die Diskussion um den „Hirntot“ kommt nicht zum Stillstand und sie wird in vielen Veröffentlichungen auch von nichtchristlichen Ärzten und Wissenschaftlern weitergeführt. Es wird teilweise ganz offen zugegeben: bei der Organentnahme werden Menschen getötet. Erschreckend, daß als Konsequenz Transplantationsärzte dafür plädieren, eine solche Tötung als die gerechtfertigte Tötung zuzulassen, um weiter transplantieren zu können.

Hilde Bayerl
D- 81241 München

Tapferkeit ist gefordert

Die Wahl des kommenden Leitbildes für Deutschland ist erfolgt. Jetzt ist größte Tapferkeit vom **Joachim Gauck** gefordert. Indem Jesus den alttestamentlichen Scheidungs-Brief verbietet (Markus 10,4), betont er umso deutlicher die Unauflöslichkeit der Ehe (Markus 10,11). Ist **Joachim Gauck** nicht bereit, heldenhaft auf seine Zweitfrau zu verzichten, verantwortet er für Tausende von Scheidungen eine falsche Vorbildfunktion. Das ist dann – mit falschem Frei-

heitsbegriff! – nicht Segen, sondern Fluch für Deutschland (erster Timotheus-Brief 3,2). Redlich sollte **Joachim Gauck** dann seine Kandidatur absagen. Dann ist er nach biblischen Maßstäben nicht würdig, neuer Bundespräsident zu werden.

Beten wir für **Joachim Gauck**, damit er auch in der jetzigen Situation Tapferkeit zeige! Ein Bundespräsident ist auch ohne falsche First Lady möglich.

Winfried Pietrek, Pfarrer
D- 59531 Lippstadt

Freud: Schamverlust ist ein Zeichen von Schwachsinn!

Wenn die Journalistin einer österreichischen Tageszeitung sich darüber empört, daß Facebook-Bilder mit unverhülltem weiblichen Geschlechtsteil „zensuriert“, dann sei sie an eine Feststellung **Sigmund Freuds** er-

innert: „Verlust des Schamgefühls ist ein Zeichen beginnenden Schwachsinn!“ Einer solchen Diagnose will sich vielleicht nicht jeder aussetzen.

Dr. Heinz Keinert
A 4040 Linz

Kannst du das glauben: die haben mir mein Formular zur Volkszählung tatsächlich wieder zurückgeschickt !

Als Antwort auf Frage 21 („Erhalten Sie neben

Was war da nicht akzeptabel?

sich selbst noch andere Personen?“) habe ich wahrheitsgemäß geantwortet : „Über 2 Millionen Pensionisten + 185.000 illegale Immigranten + 236.000 Arbeitslose und – unwillige + 42.000 Inhaftierte in über 27 Gefängnissen + letztlich noch all die Idioten in unserem Parlament“.

Scheinbar ist das keine akzeptable Antwort gewesen ... wen zum Kuckuck habe ich bloß vergessen?
wilfried@scherner.at

Selbstbeherrschung erzieht zur inneren Freiheit

Am 25. Februar 2012 sagte eine Sexualtherapeutin in einer Tiroler Tageszeitung: sie hätte erst kürzlich feststellen müssen, daß man in mehreren Buchhandlungen Tirols nach wie vor Aufklärungsbücher erstehen könne, die Homosexualität anprangern. Das entspreche aber nicht dem Stand der Wissenschaft.

Dazu meine ich: wissenschaftlicher Standpunkt hin oder her, wenn man die Existenz GOTTES leugnet und sich nicht an seinen Geboten orientiert, wie das heute so gang und gäbe ist, kann man zu sehr vielen voneinander verschiedenen wissenschaftlichen Ergebnissen kommen.

In der Heiligen Schrift steht jedenfalls (Genesis 19,2-29), das Sodom und Gomorrha wegen der Sünden der Homosexualität vernichtet wur-

den. Man lese auch einmal den Brief des Apostels **Paulus** an die Römer (1,24-27). Da ist die Rede von der Unlauterkeit der menschlichen Herzen und daß GOTT daher den Menschen ihren schmachvollen Begierden preisgäbe, sodaß die Frauen den natürlichen Verkehr mit dem widernatürlichen vertauschen und die Männer in ihrer Gier zu einander entbrannten. Sie empfangen den ihrer Verwirrung gebührenden Lohn. Nach dem Katechismus der katholischen Kirche verstoßen Homosexuelle gegen das natürliche Gesetz, denn die Weitergabe des Lebens ist bei diesem Geschlechtsakt ausgeschlossen. In meinem persönlichen Leben bin ich verschiedentlich großartigen homosexuellen Menschen begegnet, die staunenswerte Leistun-

gen unter extremen Bedingungen erbrachten. Das heißt aber nicht, daß ich Homosexualität gutheiße. Im Katechismus der katholischen Kirche heißt es, homosexuelle Menschen sind zur Keuschheit gerufen.

Durch die Tugend der Selbstbeherrschung, die zur

inneren Freiheit erzieht, können und sollen sie sich (vielleicht auch mithilfe einer selbstlosen Freundschaft) durch das Gebet und die sakramentale Gnade Schritt um Schritt der christlichen Vollkommenheit annähern.

Irmgard Pichler
A- 9990 Debant

Stumme Hunde

Tatsächlich bellen stumme Hunde nicht. Sie schlummern und träumen so gerne. Schon im Alten Bunde klagte GOTT durch den Propheten **Isaia** über solche, die er zu Wächtern Israels bestellt hatte.

Viele Bischöfe und Priester der Zweiten Vatikanischen Konzilskirche sind und bleiben stumme Hunde. Sie knurren nicht und begrüßen die Diebe und

Räuber schwanz-wedelnd. Viel zu viele Schafe merken nicht, welche Gefahr auf sie zukommt. Viele arglose Schafe sind angesichts der stummen Hunde dem grausamen Schicksal ausgeliefert. Die Hirten der modernen Kirche sehen gelassen zu, wie ihre Schafe gestohlen werden. Das sollte anders sein.

Josefa Kohl
A- 4040 Linz

Steht die Welt schon am Rande des Abgrundes?

In der Geschichte Israels können wir die Folgen ablesen, wenn GOTT verstoßen und durch Götzen ersetzt wird – wie es heute in unserer Wohlstands- und Spaßgesellschaft geschieht. Im Alten Testament gibt es mehrere Stellen, wo GOTT mit dem Volk Israel ins Gericht geht, um ihm Unglauben, Glaubensabfall und Untreue erkennen zu geben (wie zum Beispiel durch die Verbannung nach Babylon). Zur Zeit CHRISTI herrschte wegen der Untreue eine ähnliche Lage.

JESUS sieht die Folgen. Mit seinen Jüngern am Ölberg sitzend, auf den Tempel und Jerusalem schauend, wein-

te er und sagte: „Es wird eine Zeit kommen, da werden deine Feinde dich umzingeln, über dich herfallen und keinen Stein auf dem anderen lassen, weil du die Zeit deiner Heimsuchung und was dir zum Frieden dient, nicht erkannt hast.“ (Lukas 19,41-44). Im Jahr 72 nach CHRISTUS geschah es: GOTT bediente sich der militärischen Macht der heidnischen Römer.

In der heutigen Zeit haben wir in der westlich-liberal orientierten Christenheit ähnliche Zustände, indem sie sich auch weiter von GOTT entfernt, von Jesus CHRISTUS abwendet und sich dem Tanz um das Goldene

Kalb zuwendet (Katholische Kirche, siehe Weltbild-Verlag). Die Kirche ist da keine Ausnahme. Anstatt auf die Heilsbedeutung JESU CHRISTI hinzuweisen, verneigt sie sich auch in Hochachtung vor dem Judentum, Islam, Buddhismus und so weiter und führt immer die Menschenrechte, den Ökumenismus und den interreligiösen Dialog im Munde.

Dazu auch ein passendes Wort aus der Zeitschrift „Der 13.“, Februar-Ausgabe 2012, Seite 14: „Kein Wort aber zu den weltweit 200 Millionen verfolgten Christen. Besonders schmerzhaft, kein Wort zu den 40.000 ermordeten Glaubensbrüdern

in Afrika durch Moslems.“

Denken wir an die Warnung von Fatima, wo die Mutter GOTTES zur Umkehr aufruft mit dem Zusatz: „Wenn die Umkehr nicht erfolgt, wird Rußland die Geisel sein.“ Da die westliche Welt zu einer Umkehr nicht fähig und bereit ist, könnte sie in ganz ähnlicher Weise wie seinerzeit Jerusalem durch die große militärische Macht von Heidenvölkern gezüchtigt werden. Die heute weltweit waffenstarrten Völker lassen Schlimmes befürchten. Kommt ein dritter Weltkrieg?

Dipl.-Ing. Paul Deeken
D-49661 Cloppenburg

Kein Wunder, daß der überlieferte Glaube schwindet

Da es zwei verschiedene Arten von Religiosität gibt, muß man die Gläubigen nach der jeweils von Ihnen gewählten Art unterscheiden.

Religiös in diesem Sinnbereich bedeutet, sein Denken und Handeln als Rechtfertigung des Lebens vor GOTT kompromißlos nach den Grundsätzen gottgegebener Ethik, mehr der bewußten Überzeugung und weniger dem äußeren Verhalten nach einzurichten.

Fromm bedeutet, in seinem Gemüt erfüllt vom Glauben an GOTT, an seine Allmacht und Gnade, die Wechselfälle des Lebens als Schickung GOTTES hinzunehmen. Fromm betont im Gegensatz zu religiös mehr das Gemüthafte.

Fromm und gottesfürchtig heißt, sich der Führung GOTTES unterzuordnen; jeden Tag nur die Aufgaben zu erfüllen, die GOTT gerade aufgibt; aber nicht zu wissen, was ER mor-

gen verlangt. Es darf natürlich nicht frömmelnd oder bigott werden. Richtig gelebt bedeutet es aber, unter dem Schutz des ALLERHÖCHSTEN zu stehen und dadurch vor den Wirkungen der bösen Geister, die in der Welt umhergehen, um die Seelen zu verderben, geschützt zu sein.

Religiös im oben genannten Sinn beruht ausschließlich auf den Erkenntnissen des menschlichen Verstandes und genießt den Schutz gegen die bösen Geister nicht. Denn die bösen Geister sind übernatürlicher Art und damit von großem Einfluß auf den Menschen und seinem aus dem Verstand heraus gestalteten Handeln.

Der Einfluß der bösen Geister bewirkt, daß sie Menschen dieser Welt finden, den gottesfürchtigen Menschen nur Verleumderisches nachzusagen. Die Frommen sind damit leicht Opfer der bösen Geister. Wer sein religiöses

Leben nach den Erkenntnissen des menschlichen Verstandes ausrichtet, der wird nicht Opfer der bösen Geister, sondern leicht ihr Handlanger. Sie führen ihn unbewußt auf falschen Wegen, obwohl diese Gläubigen es gar nicht wollen oder auch nur beabsichtigen.

Wenn es im Stufengebet der tridentinischen Messe heißt: von frevelhaften, falschen Menschen rette mich (Psalm 42), dann können das auch religiös denkende Menschen sein. Ihnen auszuwei-

chen empfiehlt der Psalm 22 mit den Worten des „Gotteslob am Morgen“: der HERR ist mein Hirte, nichts wird mir mangeln.

An vielen Stellen der Verweltlichung der überlieferten göttlichen Liturgie sind solche Stellen nicht mehr zu finden. Kein Wunder also, daß der überlieferte Glaube schleichend verschwindet. Aber man muß, meine ich jedenfalls, der Entwicklung kraftvoll entgegenreten.

Martin Haverkamp
D- 33613 Bielefeld

Tabletten ersetzen nicht Liebe

Alles, auch Nervenkrankheiten sind heute Geschäftssache. Pharma-Tabletten werden lange verschrieben, vielleicht wäre manchmal der Zeitraum der Verschreibung schon lange genug, aber keiner von den Beteiligten kommt los von

dieser Betäubung. Es geht nicht. Denn neben dem Pharmageschäft hängen auch Arbeitsplätze daran.

Fehlende Liebe ist weder mit Tabletten noch mit Spritzen zu ersetzen.

Franz Lischka
A- 4722 Peuerbach

Einladung zum Vortrag

**Patientenverfügung,
Organspende,
Hirntod**

Sonntag, 6. Mai 2012
um 11 Uhr
(10 Uhr Hl. Messe)

im Pfarrheim der
Pfarre Siebenhirten,
1230 Wien
Ketzergasse 48

Referent:
Walter Ramm

Bei eventuellen Rückfragen wenden Sie sich bitte an Christine Pichlhöfer
0699/815 83 187.



Ich abonniere die Zeitung „Der 13.“

zum jährlichen Preis von 24 Euro in Österreich; 24 Euro in Deutschland; sfr 44 in der Schweiz; (inklusive MWSt. und Postporto). Senden Sie mir bitte einen Zahlschein zu. Bei etwaiger Einstellung der Publikation gibt es kein Recht auf Rückerstattung einbezahlter Beträge.

Für mich selbst:	Als Geschenk für:
	Es bezahlt:
Unterschrift	

Wenn ich nur das Wort Gesamtschule höre!

Gesamtschule! Wenn ich schon dieses Wort höre!

Das Gymnasium hat dann keine Unterstufe mehr und muß zusperrern oder wird es dann doch überhaupt noch Gymnasien geben, hinter hohen Mauern, für die ganz Reichen, die sich beste Bildung leisten können?

In der Gesamtschule gibt es auch keine Noten, höre ich, wenigstens keine Noten wie

bisher. Schularbeiten (wie heißen diese wohl in der Gesamtschule?) werden dann nach Punkten beurteilt, und für diese Punkte werden dann im Endbericht wohl die Buchstaben A, B oder C stehen.

Das Ziel der großen Schulreform ist, so höre und lese ich, daß alle Kinder studieren können, also daß sie in den Universitäten und Hoch-

schulen Ärzte oder Techniker oder Philosophen werden.

Aber ich habe auch gehört, daß es Kinder gibt, die lieber arbeiten, mit geschickten Händen etwas zustande bringen wollen. In der neuen Gesamtschule gibt es aber, habe ich gehört, keine Berufsschule, keine Ausbildungsmöglichkeit für geschickte Hände. Will man

Nächster Erscheinungstermin

Die nächste Ausgabe der Zeitung „Der 13.“ wird voraussichtlich am 12. April 2012 gedruckt und in Österreich noch am gleichen Tag ausgeliefert. Für die deutschen Abonnenten erfolgt die Anlieferung zur Post in Wegscheid voraussichtlich am 13. April 2012.

die österreichische Wirtschaft ruinieren?

Hilde Edinger
A- 3942 Hirschbach

Danke für den neuen Tag

Danke für den neuen Tag! Ich will das Beste aus ihm machen, Probleme lösen ohne Klag' und über Hindernisse lachen.

DEIN Engel ist ja stets bei mir, und Kraft für Alles kommt von DIR.

Rainer Lechner
D-73054 Eislingen/Fils

Die immerwährende Kirchensprache

Bei der ersten Messe JESU im Abendmahlssaal sprach ER aramäisch. Der Apostel **Paulus**, unterwegs in anderem Kulturkreis, verwendete griechisch. Im römischen Kulturkreis wurde das Latein verwendet. So hat der heilige **Augustinus** (400 nach CHRISTUS) Latein gepredigt, weil das dort damals jeder verstand.

Es wird mit gutem Grund gewünscht, daß die Volkssprache in der Liturgie auch

verwendet wird. Was keinesfalls bedeutet, das Lateinische abzuschaffen, das besonders heute seine großen Vorteile hat: die vielen Urlauber können überall die Sonntagsmesse „verstehen“, auch ist es eine Tatsache: die lateinische Sprache wirkt feierlicher und „erzieht“ dadurch eher zum andächtigen Mitfeiern. Es ist da die Erfahrung nicht uninteressant: viele Jugendliche, wenn sie bloß einmal mit so einer

Messe konfrontiert worden sind, feiern von da an lieber mit. Auch Priesterberufungen gehen auf diese Erfahrung zurück. Der Heilige Vater drängt also wohl überlegt darauf, daß die jahrhundertlang sich entwickelnde lateinische Messeform auch weiter in Verwendung bleibt, neben der neuen.

Pater Hubert Fleidl
S. Jose de Chiquita
Santa Cruz
Bolivien

Helfen Sie bitte mit, noch mehr Leser und Abonnenten für den „13.“ zu gewinnen. Durch bessere Information der Menschen können wir die Meinung in Kirche, Staat und Gesellschaft ändern.

An die Redaktion
der Zeitung
„Der 13.“

A-4115 Kleinzell Nr. 2

Falls keine
Briefmarke
zur Hand,
Porto beim
Empfänger
einheben



Impressum:

Eigentümer:

Albert-Engelmann-Gesellschaft m.b.H.

Ehrenherausgeber:

Bischof DDr. Kurt Krenn

Herausgeber: Dr. Friedrich Engelmann

Postzustelladresse: A- 4115 Kleinzell 2

Email: office@der13.com

homepage: www.der13.com

Telefon: 07282 5797

Fax: 07282 5797 -13 oder -33

D- 94108 Weggscheid, Postfach 75

Druck:

OÖN Druckzentrum GmbH & Co KG

4010 Linz, Promenade 23

Erscheinungsort:

4150 Rohrbach

Verlagspostamt:

D- 94110 Weggscheid, A- 4115 Kleinzell

A- 4020 Linz

Jahresabo: 24 Euro in Österreich und EU-

Raum; sfr 44 in der Schweiz;

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos

etc. wird keine Haftung übernommen. Bei

Einstellung der Zeitung kein Recht auf

Rückstattung einbezahlter Abonnementbeträge.

Gerichts- und Klageort Linz

Bankverbindungen:

Oberbank, Linz:

SWIFT: OBKLA2L

IBAN: AT191500000721049948;

Sparkasse Passau, BLZ 740 500 00,

Kto.-Nr. 6569;

Credit Suisse, 8070 Zürich,

Kto.-Nr. 4835-579529-91

Grundlegende Richtung:

Römisch-katholisch